

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Fajerm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **495000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Aus der Berliner Metall- und Maschinenindustrie.

Die Berliner Handelskammer veröffentlichte den zweiten umfangreichen Teil ihres Jahresberichts für 1910, der auch für uns einige beachtenswerte Partien enthält.

Dazu gehört vor allem die statistische Uebersicht über den Export an Maschinen, elektrotechnischen Erzeugnissen und Fahrzeugen, der gegen 1909 eine erhebliche Steigerung erfuhr, in der der Bericht mit Recht einen schönen Beweis der Leistungsfähigkeit der deutschen Maschinen- und elektrotechnischen Industrie erblickt. Die Exportstatistik der beiden letzten Jahre bietet folgendes Bild:

	1910	1909	also im Jahre 1910 mehr
Maschinen	464951000	384298000	80653000
Elektrotechnische Erzeugnisse im Werte von	217803000	180904000	36899000
Fahrzeuge	136226000	117567000	18659000

Die Ausfuhr dieser drei Gruppen ist an sich schon bedeutend, die Steigerung aber, die sie im Berichtsjahr erfuhr, darf als eine geradezu gewaltige bezeichnet werden; beträgt sie doch 137,4 Millionen und erscheint so die Konkurrenzfähigkeit dieser Branchen auf dem Weltmarkt in glänzender Weise.

Bescheiden ist gegenüber dem Export die Einfuhr an sich und auch ihre weitere Erhöhung, die sie im Jahre 1910 erfuhr und die sich übrigens nur auf die Maschinenbranche erstreckte, wogegen die beiden übrigen Branchen einen Rückgang des Imports aufzuweisen. Die Einfuhrverhältnisse waren demnach folgende:

	1910	1909	also im Jahre 1910 mehr
Maschinen	65687000	63516000	2171000 weniger
Elektrotechnische Erzeugnisse	7491000	7785000	304000 weniger
Fahrzeuge	24708000	30197000	5429000

Aus der Darstellung der Verhältnisse der einzelnen Branchen mag nur einiges wichtige hervorgehoben werden. So wird über den allgemeinen Maschinenbau berichtet, daß sich die Geschäftslage im Laufe des Jahres verbesserte, um dann aber im November und Dezember, wie alljährlich um diese Zeit, wieder etwas abzuschwächen. In bezug auf die Verschärfung der Konkurrenz wird konstatiert, daß die Elektrizitätsindustrie immer mehr in das Gebiet der Maschinenindustrie eingreift. Sie hat sich in neuerer Zeit noch des Dampfmaschinenbaus und des Pumpenbaus in großem Stil bemächtigt, so daß sich der Kraftmaschinenbau gezielungen sieht, ebenfalls auf Arbeitsgebiete überzugehen, die sich früher in Händen einzelner Spezialfirmen befanden.

Ungünstig lagen die Verhältnisse im Lokomotivenbau. „Der preussische Staat hielt mit Bestellungen zurück, so daß mehr noch als sonst die hiesigen Fabriken darauf angewiesen waren, Aufträge, deren sie bedürfen, um ihrer Produktionsfähigkeit zu genügen, auf dem Auslandsmarkt zu suchen. Hier standen sie aber nicht nur mit den anderen deutschen Lokomotivfabriken, sondern auch mit den ausländischen Werken, bei denen die Verhältnisse ähnlich lagen, in Wettbewerb, und es entspann sich bei allen Objekten ein solcher Kampf, daß Preise zustande kamen, bei denen von Gewinn überhaupt keine Rede war, in vielen Fällen außer Materialkosten und Löhnen nicht einmal alle Generalunkosten gedeckt wurden. Da eine Reihe fremder Staaten, in denen bisher noch keine Lokomotivindustrie bestanden hat, darauf ausgeht, sich vom Ausland freizumachen und eine eigene Industrie zu gründen, muß man der weiteren Entwicklung des einheimischen Lokomotivgeschäftes mit einer gewissen Besorgnis entgegensetzen.“

Aus der Werkzeugmaschinenbranche, die im Berichtsjahr ebenfalls besser beschäftigt war als 1909, kommen lebhaftest Klagen über die allenthalben an den fremden Landesgrenzen aufgerichteten hohen Zollschranken, die den Export stark behindern und die daher auf dem Wege der Handelsverträge abgetragen werden sollten. Ein nicht unbedeutendes Hindernis für den Auslandsverkehr besteht auch darin, daß die Zollbehörden einiger Staaten die Einfuhr von Katalogen, Prospekten und ähnlichem Propagandamaterial mit hohen Zöllen belasten.

Konsequenterweise mußten nun die deutschen Maschinenfabrikanten mit der Agitation für den „Abbau“ der Zollschranken an der deutschen Grenze selbst den Anfang machen und das um so mehr, als es ja gerade das Deutsche Reich war, das mit seiner extremen Schutzzollenerlei den meisten anderen Staaten erst das böse Beispiel für die industriell-agrarische Ausbeuter- und Wucherpolitik gegeben hat.

Die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen hatte, wie im Vorjahr, einen lebhaften Umsatz zu verzeichnen, wozu allerdings weniger das Inlandsgeschäft als die Nachfrage des Auslandes beitrug. Die Konkurrenz auf dem heimischen Markt ist überaus scharf; hier macht sich in verstärktem Maße, namentlich soweit Erntemaschinen in Betracht kommen, der Wettbewerb der amerikanischen Industrie bemerkbar.

Das Geschäft in Legitimmaschinen war besser und verlief gleichmäßiger als im Vorjahr; die Steigerung des Gesamtumsatzes wird auf etwa 20 Prozent geschätzt, wobei zu bemerken

ist, daß namentlich gegen Ende des Jahres der Verkehr sich lebhaft entwickelte. Der Hauptteil des vergrößerten Umsatzes entfällt auf den Export; Rußland, Frankreich, Belgien, Brasilien u. traten als Käufer auf, während die Vereinigten Staaten, die sich mit hohen Zöllen geschützt haben, wiederum wenig abnahmen.

Schlecht stand es mit dem Absatz an Maschinen für die Zündholzfabriken, die unter den unheilvollen Wirkungen des Zündholzsteuergesetzes schwer leiden. Der etwas bessere Absatz nach dem Ausland ließ den Ausfall im deutschen Geschäft nicht ganz wettmachen, zumal der scharfen Konkurrenz wegen höhere Abschlässe nur zu wenig nutzbringenden Preisen getätigt werden konnten. Namentlich flott war das Geschäft nach Österreich-Ungarn, wo, infolge der bevorstehenden Einführung des Phosphorverbots und der Erwägungen, die in hiesigen Regierungskreisen wegen Einführung eines Zündholzmonopols oder einer Zündholzsteuer geflogen wurden, noch eine Reihe von Neueinrichtungen vorgenommen wurden; doch dürfte der Bedarf nunmehr für eine Reihe von Jahren gedeckt sein, so daß für die Zukunft der Export von Zündholzmaschinen dochhin voraussichtlich ein sehr geringer sein wird. Einen bedeutenden Rückgang erfuhr der Absatz nach Rußland, wo eine ziemlich erhebliche Ueberproduktion in Zündholzgeräten besteht.

Gut entwickelt hat sich die Motorwagenindustrie, die nun nach Bedienung des hauptsächlichsten Inlandsbedarfs in erhöhtem Maße den Export pflegt.

Auch das Waffen- und Geschützgeschäft verließ im allgemeinen befriedigend. Der Großindustrie floßen wieder umfangreiche Reglementaufträge zu und der Handel „arbeitete“ meist mit Erfolg, wenngleich es in der Luxuswaffenbranche nicht an Klagen über scharfe Konturen und Minderung des Absatzes fehlt.

Mehrfach werden auch die „Arbeiterverhältnisse“ berührt. So heißt es darüber im Bericht über die Werkzeugmaschinenbranche: „Eine Verbesserung der Arbeitslöhne blieb nicht aus. Durch den Streit der Metallarbeiter wurde das Geschäft ungünstig beeinflusst; die Werften schränkten ihre Nachfrage nach Werkzeugmaschinen ein, und die Aussicht auf eine Aussperrung aller Metallarbeiter lähmte den Unternehmungsgeist auch in anderen Gewerben, welche für Werkzeugmaschinen in Betracht kommen.“ Man ersieht daraus die tiefgreifenden Wirkungen der unersichtlichen und unnachgiebigen Taktik der „Herren im Hause“, die noch immer vermerken, unter Mißachtung der organisierten Arbeiterkraft mit dem Kopfe durch die Wand fahren zu können. Der empfindliche Anprall der harten Unternehmertöpfe hat freilich öfters die gute Folge, daß die schlummernde Vernunft geweckt wird und die Herren dann nachgiebig und entgegenkommend gestimmt werden.

Aus der Branche der Metallschrauben- und Fasson-dreherei wird berichtet: „Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde durch Streitigkeiten gestört, die mehrfach zur Arbeitsniederlegung führten. Von einer größeren Fabrik werden uns nachstehende Stundenlöhne angegeben, die bei wöchentlich 48 Arbeitsstunden von durchschnittlich 54 Stunden verdient wurden: Automatenlöhne 70 bis 80 %, Schraubendreher 60 bis 70 %, Fasson-drehen 60 bis 65 %, Hilfsarbeit an Maschinen 60 bis 70 %, Werkzeugmacher 60 bis 70 %, allgemeine Arbeit 40 bis 60 %. Diese Stundenlöhne sind noch sehr verbesserungsbedürftig.“

Aus der Branche der Goldschmuck- und Tresoranlagen wird berichtet: „Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer war zeitweise gespannt. In Anbetracht dieser Tatsache muß man die Aussicht auf das kommende Geschäftsjahr recht vorsichtig bewerten.“ Die „Spannung“ im Arbeitsverhältnis läßt sich sehr leicht lösen, wenn sich die Unternehmer jeweils über die fortschrittliche weitere Ausgestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, wie sie die steten Veränderungen notwendig machen, mit den Arbeitern friedlich und vernünftig verständigen.

Die Internationale Hygieneausstellung in Dresden.

die durch die Ablehnung der Heimarbeitsausstellung der Generalkommission in allen sozial denkenden Kreisen eine so traurige Berühmtheit erlangt hat, wurde am 6. Mai unter dem üblichen Brindorium in halbfeiertaglichem Zustand eröffnet. Die schönen Reden, die da geschwungen worden sind, täuschen nicht darüber hinweg, daß der in allen Klammernandlungen angegebene Zweck nicht erfüllt worden ist, nicht erfüllt werden konnte, nachdem man die Kreise von der Beteiligung ausschloß, die am ehesten in der Lage wären, sachverständigen Ausschluß über schlimme sozialhygienische Mißstände und Gefahren und Mittel zur Abhilfe zu geben.

Es ist ja allerdings bekannt, daß daran weniger das Ausstellungskomitee als vielmehr die sächsische Regierung, die hier vollständig unter dem Einfluß der industriellen und agrarischen Schatzmacher gestanden hat, die Schuld trägt. Hat sie doch in ihrer Polemik mit den sächsischen Konservativen, denen sie immer noch nicht arbeiterfeindlich und reaktionär genug ist, sich sogar ihrer Verhinderung der Heimarbeitsausstellung gerühmt als Beweis, daß sie nicht der Sozialdemokratie entgegenkomme.

Ueber den Zweck der Ausstellung sagte der Kommerzienrat Lingner (Dresden), dessen Initiative diese Ausstellung ihr Dasein verdankt: „Sie solle den Gedanken bewirklichen, der alle hervorragenden Hygieniker schon seit Jahren bewegt, den Gedanken, die Lehren der Gesundheitspflege in die weitesten Kreise des Volkes zu tragen, dem Menschen zum Bewußtsein zu bringen, daß die Gesundheit der Menschheit menschlichen Glückes, Körperlichen und sittlichen Wohles ist und ihm eindringlich anzurufen, daß es in der Macht eines jeden liegt, seinen Gesundheits- und Kräftezustand zu

erhalten und zu erhöhen. Wer sich mit Liebe dem Studium der Hygiene, besonders der Sozialhygiene hingibt, wird bald von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß noch ganz ungeheure Schätze an Kraft und Leben in der Tiefe der Menschheit verborgen liegen, und daß diese zur Lage gefördert werden können, wenn es gelingt, den Stand der allgemeinen Gesundheit zu heben.“

Ganz schön gesagt, aber dazu gehören vor allem auch die sozialen Möglichkeiten, Betriebsstätten, die den möglichen gesundheitlichen Anforderungen entsprechen; dazu gehört vor allem die Aufhebung der mörderischen Heimarbeit. Und vor allem gehört dazu die Förderung der Bestrebungen der Arbeiter, vor allem der Gewerkschaftsbewegung.

Wenn man statt der Darstellung der „Wohlthaten“ der Unternehmer oder daneben wenigstens die Leistungen der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Sozialhygiene durch Verbesserungen der Lebenshaltung, Durchführung der allerdings ungenügenden gesetzlichen Arbeiterchutzbestimmungen, die Zahlen der erlangten Lohnsummen, der erkämpften Arbeitszeitverkürzung in großen Betrieben dargestellt hätte, dann würde das Bild objektiver. So hat man sich in der Hauptsache bemüht, die vorkommenden Krankheiten, auch die Gewerkerkrankheiten zum Teil, an Präparaten und Abbildungen zwar darzustellen, aber wie sie entstanden sind, davon sieht man nichts. Nichts von der gewaltigen Arbeit, die die Gewerkschaften auf dem Gebiet der Sozialhygiene geleistet haben. Über dadurch hätte ja vielleicht die „Begrifflichkeit“ in die Bewunderung getragen werden können. Und der Festredner, Kommerzienrat Lingner, hat zur Beruhigung ängstlicher Gemüter zu erwidern für notwendig gehalten, daß die persönliche Gesundheitspflege die wohlfeilste Kunst sei. Gerade der Wohlstand sei oft die Quelle körperlichen Unbehagens und körperlicher Gebrechen. „Um gesund zu sein, muß man arm sein!“ Da müßten ja wohl die Arbeiter die gesündesten Menschen der Welt sein und es ist schwer einzusehen, woher denn all die furchtbaren Berufskrankheiten kommen, die in der Ausstellung ja — allerdings nur zum Teil — aufgezählt werden und die furchtbare Verbreitung der Augenüberfäulung, die ja auch in der Ausstellung in Tabellen und an graphischen Darstellungen gezeigt wird und ja wohl keine Folge der Wohlhabenheit ist. Gewiß ist das Schlimmste, das vielen Menschen durch die Arbeit anderer ermöglicht wird, eine Ursache vieler Gesundheitsstörungen, aber die Massenarmut und die Unterernährung ist doch wohl der umfassendste Nährboden für die mannigfaltigsten Krankheiten.

Solche Ausführungen scheinen uns nicht recht angebracht bei der Eröffnung einer Hygieneausstellung.

Wenn man nun diese durchwandert, so muß man ja zugestehen, daß sie rein äußerlich genommen ein imposantes und einheitliches Bild bietet. Sachverständige loben diese Einheitlichkeit und Uebersichtlichkeit der ganzen Anlage. Die Gebäude sind in einfachen und edlen Linien gehalten, Platz ist zwischen ihnen in genügendem Maße vorhanden. Die Parkanlagen des Großen Gartens bieten eine prächtige Umrahmung des Ganzen.

Als Anlage für sich oder nur in losem Zusammenhang mit der Ausstellung ist eine Abteilung für Sport und Spiel, in der sich ein großer Sportplatz befindet, auf dem in bunter Folge allerlei Sportkuren ausgetragen werden sollen. Dort befindet sich auch ein abseitiges Dorf. In engstem Konnex mit der eigentlichen Ausstellung ist ein in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen gehaltener Vergnügungspark vorhanden, in dem sich die vom Ansehen menschlichen Glanzes ermüdeten und angegriffenen Besucher erholen können, wenn sie über genügend Mammon verfügen. In einer besonders prächtigen Allee, rue des nations (Straße der Nationen) getauft, die sonstige Verweilallee des Großen Gartens, befinden sich die Pavillons der verschiedenen Staaten und bilden den Hauptanziehungspunkt für die Besucher, die lediglich zum Vergnügen Ausstellungen besuchen oder Interessantes dort zu sehen hoffen. Sogar das barbarische Ausland hat dort offiziell ausgestellt. Freilich bekommt man nichts von den unheimlichen hygienischen Zuständen der russischen Gefängnisse und der zur Skatoga verdammten unglücklichen Freiheitskämpfer zu sehen. Es sind in der Hauptsache Ausstellungen der russischen Universitäten und des Roten Kreuzes. Einige dieser ausländischen Pavillons sind noch gar nicht fertig. Ergibt etwas, was Ausschluß gibt über die sozialen Zustände der Länder, wird man nicht zu sehen bekommen.

Die Haupthalle der Ausstellung, die mit der goldenen Inschrift „Der Mensch“ bezeichnet ist und in der alles, was auf die Hygiene des Menschen Bezug hat, zusammengetragen ist, ist der populäre Teil der Ausstellung und deren Mittelpunkt. Man kann darin an unzähligen Präparaten, Modellen und Bildern studieren, wie der Mensch und seine Organe innerlich und äußerlich beschaffen ist. Alle Krankheiten sind dort dargestellt und bieten, wenn auch kein ästhetisches, so doch ein lehrreiches Bild. Die Prädikate feiert selbst in dieser sonst ernst zu nehmenden Ausstellung ihre lächerlichen Triumphe. Auf einer Menge von Bildern sind die verschiedenen Lebensalter des männlichen und weiblichen Menschen dargestellt. Während alle anderen Figuren vollständig nackt dargestellt sind, halten diese bei den höheren Semestern der Weiblichkeit schamhaft ein Tuch um die Stelle, die sonst meist durch ein Fetzenblatt angezeigt wird.

In einem besonderen Pavillon hat die Arbeiterversicherung ausgestellt. Auf Anregung des Reichsversicherungsamts. Die Leipziger, Dresdener und die Düsseldorfster Krankenkasse sind der Aufforderung gefolgt. Die Krankenkassen zeigen, was sie geleistet haben im sozialen Ausbau, das heißt in Mehrleistungen. Auf Tabellen sind die Leistungen dargestellt. Ganz besonders bemerkenswert ist die Krankenbesuchentherapie in prächtigen Genußformen dargestellt. Gerade dieser Teil der Ausstellung ist eine

Klassische Ohrfeige für die Feinde der Selbstverwaltung der Arbeiterklasse, die gegenwärtig am Werke sind, diese zu beseitigen.

In manchen Arbeiterkreisen wird die Beteiligung der unter dem Einfluß organisierter Arbeiter stehenden Kreise Verwunderung erregen nach dem Vortritt, der den Gewerkschaften durch die Ablehnung der Heimarbeitsausstellung angetan worden ist. Es muß demgegenüber aber darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiterklasse sich vor dem Scheitern der Heimarbeitsausstellung schon dem Reichsversicherungsamt gegenüber festgelegt hatten und daß eine Aufhebung des Beschlusses nicht mehr möglich war, wollte man nicht auch hierdurch den Feinden der Arbeiter aufs neue Gelegenheit zu Verhöhnungen geben. Schließlich sind doch die Arbeiterklassen neutraler Boden, auf dem Arbeiter und Unternehmer zusammenwirken.

Ganz interessant und wissenschaftlich wertvoll ist auch die im früheren Hauptgebäude der Ausstellung untergebrachte historische ethnographische Abteilung. Interessant schon um deswillen, weil das Material meistens in plastischer Darstellung gezeigt wird. In einer andern Halle sieht man Städtehygiene, Wasserwerke etc., auch zum Teil an der Hand von in Tätigkeit befindlichen Modellen. Ebenso Gartenanlagen, Arbeiterhäuser etc.

Und dann eine unendliche Menge von allen möglichen Waren ausstellungen von Geschäften. Alles, was sich nur irgendwie, sei es auch in noch so künstlicher Weise, mit der Gesundheitspflege in Zusammenhang bringen läßt - und was gibt es da überhaupt bei einigemmaßen lebhafter Kombination -, wird gezeigt und angepöbeln, so daß man die Bezeichnung „Großer Jahrmarkt“ trotz des ersten Eindruckes der Ausstellung nicht als ganz falsch bezeichnen kann. Wie es heißt, müssen die zu diesem Jahrmarkt zugelassenen Geschäftsleute gehörig bluten. Dingner hat sicher den Ehrentitel, die Ausstellung finanziell gut abzumischen und ohne das übliche klaffende Defizit auszulassen. Ob ihm das gelingt? Wer kann's wissen. Geloß wird eine ungeheure Flut von Fremden nach Dresden kommen. Es gibt ja eine so große Menge Menschen auf der Welt, die nichts zu tun haben, und Dresden ist ja auch sonst mit seiner herrlichen Umgebung ein beliebtes Reiseziel. Außerdem sind schon an die 350 Kongresse für die Ausstellungszeit angemeldet. Da wird es auch an Besuchern nicht fehlen. Ob aber auch der eigentliche und angelegentlichste Zweck der Ausstellung erreicht wird, die Menschen mit sozialem und hygienischem Verantwortungsbewußtsein zu erfüllen und vor allem die Volkshygiene zu popularisieren, das möchten wir billig bezweifeln. Zu tief liegen die Ursachen der schlimmen hygienischen Zustände, der Volkskrankheiten etc. in den sozialen Zuständen unserer „herrlichen“ Gesellschaftsordnung begründet. Ja, wenn Volkshygiene nichts kostete! Wenn die Milchrind nicht von den Herrschenden für unhygienische und unethische Zwecke verschontet würden, wenn nicht die gesundheitsmäßige Lebensweise eine Sache des Geldbeitrages wäre!

So wird auch für den Arbeiter und ersten Sozialpolitiker, wenn er Gelegenheit hat, diese Ausstellung zu besuchen, die einzige Nutzenanwendung sein: die Hoffnung auf Besserung der dort gezeigten schlimmen Folgen unhygienischer Zustände, dem diese selbst werden ja nicht gezeigt aus Rücksicht auf die Interessen der Unternehmer. Die Organisation der Arbeiterklasse ist es, die durch ihre natürliche Tätigkeit auf diesem Gebiet mehr geleistet hat als alle Ausstellungen leisten können.

Die Internationale der Überchriften.

Es. Im Sommer 1908 tagte bekanntlich in Zürich eine internationale Konferenz christlicher Gewerkschaftsjüher. Die deutschen Herren Gieseler, Schiffer, Wieber und Gassen hielten Ort und Zeit für günstig, der Welt und zu tun, was für Zerkelsterle die Männer an der Spitze der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland seien. Sie proklamierten die „Unabhängigkeit“ und „Selbstständigkeit“ ihrer Organisationen, riefen den Bischöfen ihr „Bis hierher und nicht weiter“ zu und sagten erneut mit erhöhter Entschiedenheit den katholischen Fachabteilungen, den Bischofen der Herren Dopp in Breslau und Komur in Lira, der Vermittlungskampfen an. Wir wissen, daß der Romanismus der christlichen Selbsten von Zürich nicht lange vorgehalten hat. Zu Hause angekommen, winzelten sie bei den Einwohnern um Abhilfe, was als Ende voriges Jahres der Pöpp ihnen befohl, daß sie in Zukunft sein jückerlich mit den Fachabteilungen umgehen und diese von besonderer Güte der kirchlichen Autorität bestellten Organisationen christlich brüderlich lieben sollten, da haben sie nicht mehr zu muten gewagt. Als gehörigste Katholiken, als treue Söhne ihrer Kirche haben sie Gehorham gelobt und den Kampf gegen die Fachabteilungen eingestellt, die sie ein Jahrzehnt lang als Streitbruderorganisationen, als Arbeitervertreter behandelt und in Wort und Schrift, mit Streikplänen, Hierarchie und anderen Köpfen christlicher Nächstenliebe zu vernichten versucht haben. Und den Überdies an Entladung, den die Einstellung des Kampfes mit den Fachabteilungen freigegeben hat, lassen sie jetzt in der Beschäftigung

der Sozialdemokratie, in Streikbruch und anderen Verrätereien und in Anbiederung beim Unternehmertum und der Regierung auszuheben. Das ist das Ergebnis der christlichen Internationalen vom Jahre 1908!

Dieser Tage waren in Paris die Vertreter der wahrhaft katholischen Arbeiterbewegung, die Leute von der Richtung der deutschen Fachabteilungen und ähnlicher kirchlich-sozialer Organisationen zu einem internationalen Kongress zusammen. Während die Internationale der Christlichen damals in Zürich aus einem einzigen Häufchen von 30 bis 40 Mann bestand, die hinter verschlossenen Türen tagten, waren auf dem Kongress der Internationalen der Überchriften 300 bis 400 Personen anwesend, meistens Leute von hohem kirchlichen oder bürgerlichem Stande: Grafen, Prälaten, Professoren, Politiker etc. Und während in Zürich den Bischöfen in Gewerkschaftsfragen der Gehör vor die Türe gesetzt wurde, besand sich hier der Erzbischof von Paris in allerhöchster eigener Person unter den Versammelten und erteilte - wie das Fachabteilungsblatt, der Arbeiter (Berlin) hervorhebt, nach einer überaus wohlwollenden und ermutigenden Ansprache den Segen. Vor allen Dingen war - wie das genannte Blatt weiter bemerkt - die große Einigkeit der Versammlung hervorzuhelien. Kein Mißton führte die Harmonie. Alle waren von dem Gedanken durchdrungen: die soziale Frage, insbesondere die Arbeiterfrage, findet ihre Lösung nur auf dem Boden der wahrhaft christlichen Lehren, die uns die katholische Kirche kraft ihres göttlichen Berufes vermittelt, erklärt und sicherstellt. Und aus dem Bewußtsein und dem Geiste dieser Einmütigkeit erwuchs eine freudige Stimmung: die Vertreter der verschiedensten Länder erkannten sich wieder als Söhne derselben Mutter, der Kirche, als Brüder, die von den gleichen Idealen befeuert, von den gleichen Notizen der Zeit zusammengeführt, zu dem gleichen Ziele hinstreben: der Erneuerung der Gesellschaft nach wahrhaft christlichen Grundsätzen!

In den Verhandlungen kamen die Grundsätze zum Ausdruck, wie wir sie zur Geltung aus den Kundgebungen und Bestrebungen der Fachabteilungen kennen: die wirtschaftlichen Fragen hängen aufs engste mit der Moral zusammen, wie sie für die katholische Welt im christlichen Sittengesetz niedergelegt ist. Güter und Verhältnisse des christlichen Sittengesetzes ist die Kirche, und darum darf der katholische Arbeiter seine wirtschaftlichen Bestrebungen nur im engsten Zusammenhang mit der Kirche, unter ständiger Aufsicht und Leitung durch die kirchliche Autorität, durch die von den Bischöfen dazu bestimmten Geistlichen verfolgen. In diesem Sinne sagte der Vorsitzende des internationalen Kongresses der Überchriften: „Wenn es wahr ist, daß im ganzen genommen die soziale Frage eine Moralfrage und folgerweise eine religiöse Frage ist, trifft dies dann nicht gerade in der Hauptfrage des gegenwärtigen sozialen Problems zu, das alle anderen an Bedeutung übertrifft: im Problem der Organisation der Arbeit? Dieses Problem bleibt unlösbar, solange man nicht zur Ergänzung der menschlichen Anstrengungen auf eine göttliche Kraft, auf die Religion zurückgeht. Auf die Religion sagen wir. Also auf die Kirche, welche in der glänzenden Fülle ihres Sakramentes als die berufene Stütze in der natürlichen Moral nicht minder als der geistlichen Autorität erscheint; auf die Kirche, welche das göttliche Gebot wiederholt: „In dem Schweigen eines Angesichts sollst du dein Brot essen“, und welche die höheren Gesetze der menschlichen Betätigung lehrt, ewige Grundsätze, die alle Arbeit durchdringen, mag sie auch noch so materiell und unbedacht sein.“

So sinnig und verheißungsvoll dieser Gedankenweg auch ist, man kann ihm die Folgerichtigkeit nicht absprechen, wenn man einmal zugestehet, daß die Religion mit dem Wirkungsleben etwas zu tun hat. Diese Voraussetzung machen ja auch die christlichen Gewerkschaften, aber sie sind in der Anwendung dieses Grundsatzes nicht konsequent, sie bleiben auf halbem Wege stehen und kommen so aus den Widersprüchen, den Wirtwaffen und den Auseinandersetzungen nicht hinaus. Und in diesem Sinne hatte der Vorsitzende des internationalen Kongresses der Überchriften recht, wenn er sagte: „Auch muß man beachtet, mit welchem Miß der Verachtung die Anhänger der Gewerkschaften, welche sich von einer Idee leiten lassen, die rein bürgerliche zentrale Gewerkschaften einiger wohlhabenderer von kurzen Gedanken umgeben, die gar aberd zwischen dem katholischen Ideal und der revolutionären Chimäre stehen bleiben. In ihren Augen erregt dieses Gewerkschaftssystem ohne Seele und Tragweite, ler von jeder prinzipiellen Lehre, Rißfah. Trotz des Selbstbewußtseins und der Energie seiner Führer entgleitet ihm die Zukunft; es wird aus Entfremdung unterliegen; man fürcht unabweislich aus Mangel an Prinzipien.“

Nun soll damit von unserer Seite aus nicht gegeben werden, daß die Organisationen von der Art der Fachabteilungen ein längeres Leben haben werden als die christlichen Gewerkschaften. Man kann nämlich nicht nur an dem Mangel an Prinzipien sterben,

sondern auch an Prinzipien selber, wenn diese falsch sind, wie es bei den Überchriften, die sich in allem der Kirche unterordnen, der Fall ist. Aber jedenfalls sind sie die Ehrlicheren und Folgerichtigeren, und so wertig sie auch für die Arbeiterbewegung bedeuten, so willig sie auch zum Streikbruch und anderen Arbeiterverrätereien sind, so sind sie doch der Gunst der Kirche sicher und nehmen nach dieser Seite hin eine unangefochtene und gesicherte Stellung ein - zum Unterschied von den christlichen Gewerkschaften, die zwischen zwei Stühlen stehen, die der Straße verdächtig und den Arbeitern mehr als verdächtig erscheinen müssen.

Die Überchriften wählten im stillen und sie sind dabei nicht erfolglos. Es ist unüberlegt und unüberprüfbar geblieben, daß in Rom die Absicht bestanden hat, die christlichen Gewerkschaften in Deutschland zu verbieten. Man hat davon abgesehen aus Rücksicht auf das Zentrum und allem Anschein nach auch aus dem Grunde, weil die Führer der christlichen Gewerkschaften Besserung gelobt haben in der Richtung, daß sie sich in Zukunft weniger der Verbindung mit Sozialdemokraten ausließen, das heißt sich weniger an Lohnbewegungen, Ausständen etc. beteiligten, mit einem Worte: sich mehr den von den katholischen Fachabteilungen verkündeten Grundsätzen anpassen. Im geheimen triumphieren die Überchriften, diese von den Christlichen als Gelbe und Str. itzbrecher bekämpften Organisationen. Und in diesem Zusammenhang ist auch die internationale, erzbischöflich gesegnete Kundgebung der Überchriften einiger Beachtung wert.

Terrorismusgeschrei.

Der rühmlichst bekannte „christliche“ Bezirksleiter Josef Leupke in Düsseldorf sandte uns zu dem Artikel „Terrorismusgeschrei“ in Nummer 19 eine nach M. Glabacher Art verfaßte „Berichtigung“. Da diese beleidigende Unterstellungen enthält, wären wir nicht verpflichtet, sie aufzunehmen; wenn wir dies dennoch tun, so zu dem Zwecke, die „christlich-jesuitische Rabulistik“ an einem weiteren Fall in Beleuchtung zu rücken. Die „Berichtigung“ lautet:

1. Zum Fall Weiskopfteil:
 - a) Es ist unwahr, daß es sich erst in der Branchenversammlung herausgestellt hat, daß auch eine Anzahl christlicher Arbeiter im Betrieb war.
2. Wahr dagegen ist, daß es den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schon lange vor der Branchenversammlung bekannt war, daß auch Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes im Betrieb beschäftigt waren.
- b) Es ist unwahr, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband korrekt vorgegangen ist.
3. Wahr dagegen ist, daß nach den mir von der hiesigen Zeitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schriftlich mitgeteilten Beschlüssen, obige Versammlung lediglich als eine Agitationsversammlung zu betrachten war, die nur für die eigenen Mitglieder Beschlüsse fassen konnte.
- c) Es ist unwahr, daß ich den Unternehmer ersucht haben soll, nichts davon zu sagen, daß ich dagewesen sei.

Eine derartige oder ähnlich lautende Äußerung habe ich nicht ausgesprochen. Dies wird dadurch bewiesen, daß ich bei Eröffnung der gemeinsamen Versammlung unausgefordert die stattgefundenen Verhandlung zur Kenntnis der anwesenden Arbeiter brachte.

2. Zum Fall Kontrollergesellschaft.

Es ist unwahr, daß ich mit einer Sperre über die Kontrollergesellschaft einverstanden war.

Wahr dagegen ist, daß bei der Sperreverhängung sofort dem Beamten Rahn erklärt wurde, wir seien nicht in der Lage, den Grund zu dieser Maßnahme zu präsen, während daher so lange keine Leute dorthin senden, bis der Fall geklärt sei. Bei einer weiteren telephonischen Unterredung wurden mir zwei „Fälle“ von demselben Beamten geschildert. Daraufhin zogen wir einen dort ohne unsere Schuld Arbeit suchenden Klemperer zurück. Wenige Tage nachher wurden wir von dem Direktor des Werkes telephonisch angerufen. Ich konnte bei dieser Unterredung feststellen, daß ich wesentlich falsch unterrichtet worden war. Das im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierte Arbeiterausmitglied erklärte auf wiederholtes Fragen, keine Gründe zu kennen, die zur Sperreverhängung berechtigt seien.

3. Zum Fall Hahn.
 - a) Es ist unwahr, daß sämtliche dort beschäftigten Arbeiter im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert waren.
4. Wahr dagegen ist, daß die Mehrzahl der Arbeiter dem christlichen Metallarbeiterverband angehörten.
- b) Es ist unwahr, daß der christliche Metallarbeiterverband genau über die Sache informiert war.
5. Wahr dagegen ist, daß die Zeitung der hiesigen Verwaltungsklasse mir keinerlei Mitteilung gemacht hat.
- c) Es ist unwahr, daß der christliche Metallarbeiterverband sofort einen Sperrebrecher hat ansagen lassen.
6. Wahr dagegen ist, daß dieser Arbeiter nicht organisiert war.
- d) Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll, ich habe mich erkundigt, die Entlassungen seien zu Recht erfolgt, der christliche Metallarbeiterverband löre sich nicht daran.

Wahr dagegen ist, daß ich mit einem verantwortlichen Beamten der Verwaltungsklasse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes kein Wort gesprochen habe, auch zu keinem Mitglied mich in dieser Form geflüpft habe.

allergrößten Anstrengungen gemacht, ein Nötmittel für das durch so viele hervorragende Eigenschaften ausgezeichnete Metall zu erfinden. Es wurden denn auch im Laufe der Zeit eine große Anzahl solcher Nötmittel bekannt, darunter waren sogar mehrere durch Patente geschützt. Aber von all den Opfern an Zeit und Geld ist herzlich wenig übrig geblieben. Die meisten Mittel sind wohl beschwunden, fast ebenso schnell, wie sie gekommen sind; die Patente sind schon nach dem ersten Jahre nicht mehr erneuert worden und so wieder in Vergessenheit geraten.

Dem Nöten von Aluminium steht ein großes Hindernis im Wege, und die Erfahrung hat gelehrt, daß an den Stellen, wo es mit dem Lot als einem andern Metall in Verbindung kommt, durch atmosphärische Einwirkungen angegriffen wird. Dadurch erfahren die Lötungen eine Zersetzung und fallen schließlich auseinander. Aus diesem Grunde ist es, nebenbei bemerkt, auch zu vermeiden, zum Mischen von Aluminium ein anderes Metall, zum Beispiel Kupfer, zu verwenden.

Des Menschen Geist indessen ruht und rastet nicht und versucht, auch dieser Schwierigkeit Herr zu werden. Neue Nötmittel, neue Fluxmittel und neue Lote werden auf den Markt gebracht. Da ist es nun interessant, wie man das oben genannte Hindernis zu überwinden sucht. Ein Fabrikant will es durch sein Fluxmittel, ein anderer durch sein Lot ohne Fluxmittel, der nächste benützt ein möglichst hartes Lot über 350 Grad Schmelzpunkt, damit soll eine bessere chemische Verbindung erzielt werden. Auch eine Art von Nötmittel als Fluxmittel wird angepöbeln. „Das Rätsel ist gelöst“, heißt es von einem andern Mittel in den Zeitungen und Fachschriften. Und so gibt es noch eine ganze Anzahl von Nötmitteln.

Auf jeden Fall ist anzunehmen, daß die Haltbarkeit beim Löten mehr durch das Fluxmittel als durch das Lot beeinflusst wird. Es kann nicht heißt werden, daß auch beim Mischen von Aluminium Fortschritte gemacht worden sind und für die verbleibenden Nachteile wird es auch angewandt. Wo es aber auf Widerstandsfähigkeit und Druckfestigkeit ankommt, hat das Löt eine größere technische Verwertung bis heute noch nicht gefunden. Der Vollständigkeit halber sei noch eine Methode erwähnt, die allerdings schon ein ansehnliches Alter aufzuweisen hat. Dünne ausgewaltes Silber, sogenannte Folle, wird auf rauh geschabtes Aluminium warm eingedampert und darauf können dann andere Gegen-

Technische Rundschau.

Aluminium. (Schweizerzeitung.)

Der Aluminiumverbruch steigt sich fortwährend und es dürfte deshalb interessieren, etwas über Darstellung, Eigenschaften, Vorkommen und Schmelzverhalten sowie über die Verwendung in der Industrie zu erfahren.

Aluminium, das Metall der Sonne, wurde 1827 von Wöhler entdeckt und jetzt durch den chemischen Prozeß, durch die Schwefelung hergestellt. Der deutsche Chemiker Wöhler gelang es jedoch schon 1854, die Sonne elektrisch abzuscheiden und aus derselben Zeit stieg die Industrie in Paris großartige Ansprüche an. Auf der Weltausstellung in Paris wurde dann auch jederzeit ein großer Ansehen von dem „Silber aus Licht“ angeordnet.

Das Metall war zu dieser Zeit noch sehr unrein. Doch die letzten Jahrzehnte haben in dieser Beziehung mit Hilfe der Elektrizität eine große Umwälzung herbeigeführt. Man hat das elektrische Gemische Verfahren gefunden und die Sonne durch den elektrischen Strom zerlegt. Dadurch wurde die Sonne bedeutend reiner, die Ausbeute wurde größer, das Metall selbst wurde reiner und auf dem Markt immer beliebter.

Der Preis für Aluminium war Anfangs 150, für Kupfer 116, für 100 Kilogramm. Des spezifische Gewicht ist von Kupfer 2,6, von Aluminium 8,8. Die Härte ist bekanntlich weiß. Der Schmelzpunkt liegt bei 660 bis 650 Grad (Kupfer: 1200 bis 1400 Grad). Das Schmelzverhalten ist halb so groß wie bei Kupfer. Des elektrische Leitungsvermögen ist 59 Prozent von Kupfer. Aluminium löst sich in Kalilauge und Salzsäure, langsam in verdünnter Schwefelsäure, es löst sich nicht in Salpetersäure. Es ist härter als Eisen und weicher als Stahl. Reiz gelangt aber gebührend erreicht es aber eine große Festigkeit, etwa wie Bronze und übertrifft in dieser Eigenschaft Kupfer.

Zur allgemeinen Behandlung des Aluminiums ist noch zu bemerken, daß, wenn es längere Zeit an der Luft dem kalten Wasser und der Feuchtigkeit ausgesetzt ist, leicht durch die allseitige Reibung des Wassers angegriffen wird. In diesen Stellen ver-

dann durch eine pilzartige Erscheinung das Metall zerstört. Es treten aufzuweisen, ist daher notwendig. Aus dem angeführten Grunde ist daher Aluminium für Wasserbehälter, Kühlgefäße etc. nicht zu verwenden. Gebeizt oder abgepoliert wird es in heißer Kalilauge, die Auflösung hierbei mit einem ähnlichen Vorgang fortwährend wie bei Eisen in Salzsäure.

Zum Bearbeiten muß Aluminium möglichst rein sein, geringe Mengen von Kupfer oder Eisen machen es schon spröde und brüchig. Beim Ausschleifen und Wabenarbeiten darf es nicht rotwarm werden. Bei seiner geringen Härte und außerordentlichen Dehnbarkeit ist die Verarbeitung mittelschwerer als bei manchen anderen Metallen. Man kann sagen, daß es sich noch einmal so leicht bearbeiten läßt wie Kupfer, und beim Ziehen gut doppelt so viel ausfällt wie dieses.

In der einfachsten technischen und in der maschinellen Verarbeitung, aus einem Stück gedrückt, gegossen und gezogen sowie geteilt und gesägt, sind Gegenstände aus Aluminium ja schon längst als Nötmittel hergestellt worden. So für militärische Gegenstände, Dreiwagen, Lagerartikel, Sp. Zand- und Kugelgeschosse und anderes mehr. Hauptächlich in der Küche bürgert sich das weiße, leuchtende Metall mehr und mehr ein. Auch das gesundheitliche Stimulans ist nicht dagegen einzubringen, und der Umstand, daß Aluminium nicht ausfallt, nicht rostet und nicht verfault zu werden braucht, macht es für die häusliche Verwendung besonders geeignet. Im Preise besteht selbst zwischen Emaillegeschirr kein großer Unterschied mehr und daher wird es in neuerer Zeit gerade für dieses eine ganz geeignete Konstruktionsmaterial.

Gegenwärtig wird Aluminium zu allen möglichen Artikeln ohne Schwierigkeiten, auch läßt es sich danach gut weiterbearbeiten durch Schneiden und auf der Drehbank. In sich ist es zäh, so daß es beim Drehen mehrmalige Späne abgibt; um eine glatte Fläche zu erzielen, wird das zu drehende Stück mit Öl bestrichen. Auch beim Bau von Luftschiffen und Automobilen wird Aluminium vielverwendet, so für die Motorgehäuse und neuerdings werden auch Kränne und Gelenkwerte als Ersatz für Stahlprofile aus dem leichten Metall gegossen.

Ein charakteristisches Merkmal beim Aluminium ist es nun, daß es sich nicht wie andere Metalle lösen läßt. Um kompliziertere Apparate herzustellen, wurden daher schon vor vielen Jahren die

Behauptung aufstellen hört, hohe Beiträge erschweren die Agitation, aber mit niedrigen Beiträgen sind die Indifferenten leicht zu gewinnen...

Als gleich interessant für Freunde und Gegner der Staffelbeiträge sei eine Episode aus Mannheim mitgeteilt. Bei Anlaß der im letzten Herbst angeordneten Ausperrung...

Der Antrag der Branche der Elektromonteur an die Generalversammlung um Abhaltung einer Berufskonferenz hat bei uns in Köln ein lebhaftes Echo hervorgeufen...

Wir hatten einleitend ungefähr folgendermaßen ausgeführt: In keiner Industrie ging der Konzentrations- und Aufschwungsbeweg...

Der Zweck der Konferenz soll nun der sein, ein festes Band, eine innigere Fühlung unter den einzelnen Branchengruppen herbeizuführen...

- 1. Die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Elektroindustrie.
2. Die Lage der in der Elektroindustrie beschäftigten Arbeiter.
3. Agitation und Organisation.
4. Lehrausbildung und Elektromonteurschulen.
5. Elektromonteur, Helfarbeiter und Hilfsarbeiter.
6. Elektromonteurtag.

Da der Bezirksleitung unter anderem die Tagesordnung zu unzulänglich war, hatten wir bei unserer zweiten, drei Jahre später erfolgten Sitzung...

In Punkt 3 ist zu beachten, daß in den bestehenden Bezirken Geschäftsstellen ohne Sonderrechte geschaffen werden müssen...

Veranstaltungen, Entgegennahme wichtiger Agitationsinformationen u. s. w. Des Weiteren wird für die länger auswärts arbeitenden Kollegen...

Der Punkt 4 ist ein Kapitel, worüber sich sehr viel sagen läßt, worüber sehr viel gesagt werden muß, denn er ist von solch eminenten Wichtigkeit...

Aspirant I mußte eine Etage mit zwei Stromkreisen installieren, die Zuleitung wurde in 6 Quadratmillimeter verlegt. Die Installationsart war veraltetes Folienrohr...

Wenn diese Arbeiten als Maßstab gelten sollen für die Befähigung zum Meister, wenn hierin die große Aktion der elektrotechnischen Installationsfirmen...

Die unter Punkt 5 behandelte Frage ist gerade jetzt wieder aktuell geworden. Wir haben bei einigen in vorigen Jahre abgeschlossenen Tarifen gesehen...

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Streit zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 28. Mai der 22. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Mai bis 3. Juni 1911 fällig ist.

Die Delegierten zur Generalversammlung!

Die Delegierten, die vom Lokalkomitee Logis beorgt haben wollen, werden ersucht, dies (soweit es noch nicht geschehen ist) umgehend dem Kollegen Chr. Schneider, Mannheim T 5, 12, mitzuteilen.

Im ersten Spitztag stehen ununterbrochen am Hauptbahnhof Kollegen mit einem Entennungszeichen (rote Fahfette) zum Empfang der Delegierten bereit.

Kaufvertrag der Verwaltungsstelle in Gera:

Der Dreher Arno Theuermeister, geb. am 12. August 1885 zu Unterhans, Bay.-Nr. 565128, wegen Streikbruch.

Kaufvertrag der Verwaltungsstelle in Breslau:

Der Gärtler Graf Mantzfel, geb. am 27. November 1862 zu Berlin, wegen unvollständigen Scheidens.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüttelestraße 16 a“ zu adressieren.

Zur Beachtung! - Zugug ist fernzuhalten:

- von Bestarbeitern nach Budapest (Firma Sistra) D.;
von Drahtwebern, Drahtspinnern und Nadlern nach Hannover (Firma Stäblein) St.;
von Drechern, Hoblern und sonstigen Maschinarbeitern nach Düsseldorf (Benzather Maschinenfabrik) R.;
von Formern, Gießereiarbeitern und Kerndachern nach Anderten-Wisburg (Sannov. Eisengießerei) St.; nach Düsseldorf (Fa. Schwarz) D.; (Stahlwerk Dfing) D.; nach Gmünd (Fa. Nib & Schweizer) Mi.; nach Göttingen (Firma Gebrüder Wöhring) L.; nach Harburg a. S.; nach Kirchheim u. L. (Fa. Paulin) St.; nach Wetter a. N. (Fa. Studenholz) St.;
von Gold- und Silberarbeitern, Pressern und Hilfsarbeitern nach Pforzheim;
von Gürtlern, Fräseern, Drechern und Metallformern nach Frankfurt a. Oder (Firma Herberg & Co.) W.;
von Gussarbeitern nach Kall b. Köln (Maschinebauanst. Humboldt) D.;
von Heizungsmonteurern nach Fierlohn (Fa. M. Händer) M.; nach Koblenz, D.; nach Siegen (Fa. Hünter) D.;
von Klempnern aller Art, Installateuren u. Heizungsmonteurern nach Berlin, St.; nach Danemark, L.; nach Döbeln, L.; nach Göttingen, L.; nach Kaiserslautern, L.; nach Kiel, St.; nach Königsberg i. Pr., L.; nach Leisnig, L.; nach Liegnitz, L.; nach Roswein, L.; nach Solingen und Umg., L.; nach Zittau (Firma Wolf) D.;
von Maschinisten und Heizern nach Blankenburg i. Schwarzthal (Firma Bollath & Sohn) St.;
von Mechanikern, Optikern u. s. w. nach Thringhausen bei Kassel (Firma A. G. Hahn) D.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Alen (Gebr. Simon, Drahtstiftfabrik); nach Arnstadt (S. Barth, Stanzmesser) St.; nach Barmen (Fa. Schmaßl & Schulz, Metallwarenfabrik) St.; nach Braunschweig (Boigländer & Sohn) M.; nach Gmünd (Firma Nib & Schweizer) M.; nach Göttingen i. Württ. (Fa. Marklin & Co.) D.; nach Herne i. Westf. (Fa. H. Wufschöns, Dampfseifelfabr.) D.; nach Hildesheim (Fa. Ed. Wern) D.; nach Karlsruhe (Fa. Junter & Ruh) D.; nach Köln-Chrenfeld (Firma Herbrandt, Waggongfabrik) St.; nach Leisnig (Fa. Fränkel & Co.) D.; nach Linz a. D. (Schiffswerk) St.; nach Lüdenscheid, D.; nach Neuruppin (Fa. W. Graaff & Co., Minimax-Apparatefabrik) St.; nach Nordhausen (Aktien-Ges. Montania) St.; nach Pirmasens (Firma Schön & Co., Maschinenfabrik) D.; nach Stadtilm i. Thüringen (Firma Arthur Göblich) M.; nach Stodum (Stahlwerk) M.; nach Stolp i. P. (Hofwagenfabrik Nishke) St.; nach Ulm a. D. (Neue Industrie-werke) D.; nach Wermelskirchen bei Renscheid (Fa. Weber) D.; nach Wetter a. N. (Fa. Bönnhoff) St.; nach Witten (Wittener Stahlformgießerei G. m. b. H.) D.;
von Metallarbeitern nach Erfurt (Gebr. Kammerer, Aluminium-warenfabrik) M.; nach Schlettau bei Annaberg i. S., D.; nach Zittau (Firma Wolf) D.;
von Metallschlägern nach Großschönau, Zonsdorf und Zittau L.;
von Monteurern, Hilfsmonteurern, Maschinisten und Heizern nach Zirndorf (Elektrizitätswerk der Fa. Körtling u. Co.) M.;
von Schleifern nach Fierlohn (Firma Lutz & Volte) D.;
von Schloßern (Bau- und Kunst-) nach Freiburg im Breisgau, L.; nach Hannover (Firma G. Verclas) und (Firma Stäblein) St.; nach Königsberg, St.; nach Hagensburg, L.;
von Schmiedern, Zuschlagern und Hilfsarbeitern nach Wschaffenburg (Fa. Hedmann) D.;
von Werkzeugschleifern nach Arnstadt i. Th. (Stanzmesserfabrik S. Barth) St.; nach Lüdenscheid, St.

(Die mit L. und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; Mi.: Maßregelung; Ni.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akfordreduktion u. s. w. S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Sperrung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsanahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, absteuern zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Formen.

Groß-Neheim. Die Arbeiter der „Marienhütte“ haben in einer zahlreich besuchten Versammlung nach einem Referat des Kollegen Hofmann (Ganau) nachstehende Forderungen eingebracht: 1. Die Arbeitszeit beträgt pro Tag 9 1/2 Stunden und von 1. Juli 1912 an 9 Stunden; an den Samstagen der drei Wochen Festtage soll auch wie bisher um 2 Uhr Schluß sein. 2. Die Arbeiter sind möglichst zu vermeiden. Nur in dringenden Fällen sollen dieselben geleistet werden und werden den betreffenden Personen am Vormittag desselben Tages noch mitgeteilt, um sich dementsprechend einzurichten zu können. Als Überstunden gelten alle über 9 1/2 oder 9 Stunden hinausgehende Arbeitsstunden, wovon die ersten zwei nach der regelmäßigen Arbeitszeit geleisteten Stunden mit 25 Prozent, und für alle übrigen sowie für an Sonn- und Feiertagen geleistete Stunden mit 50 Prozent zu vergüten sind. 3. Der Stundenlohn für Neueintretende mit den Leistungen entsprechend spätestens nach acht Tagen festgelegt und muß, wenn keine Einigung erzielt wird, der Lohn der gleichen Arbeit der letzten Arbeitsstelle bezahlt werden oder, wenn der Bestreitende früher noch nicht in dieser Branche beschäftigt war, wird der für die jeweilige Arbeit geltende Mindestlohn bezahlt. 4. Der Mindestlohn beträgt für gelernte Formen bis zum 20. Jahre 45 S., über 20 Jahre 55 S. und für tüchtige, leistungsfähige Formen nicht unter 65 S. Für Maschinenformern und Kerndachern gilt, soweit sie eine dreijährige Lehrzeit durchgemacht haben, der gleiche Mindestlohn wie für Formen. Soweit sie angelernt werden, in den ersten vier Wochen nicht unter 35 S.; nach vier Wochen bis innerhalb eines Jahres nicht unter 45 S., im zweiten Jahre nicht unter 50 S. und nach zwei Jahren nicht unter 55 S. Bei einer zweijährigen Tätigkeit im Beruf und besonderen Leistungen entsprechend mehr. Gussformer, für Leute unter 18 Jahren, im ersten halben Jahre nicht unter 30 S., von 18 bis 20 Jahren 35 S. und über 20 Jahre 40 S. Bei einer zweijährigen Tätigkeit im Beruf erhalten Leute über 20 Jahre 45 S. Schloffer und Dreher erhalten bis zum 20. Jahre 40 S., über 20 Jahre 50 S. Tüchtige, leistungsfähige 55 S. Die übrigen Hilfsarbeiter erhalten, wenn sie noch keine 18 Jahre alt sind, 30 S., über 18 bis 20 Jahre 35 S., über 20 Jahre alte und sobald sie zwei Jahre im Betrieb tätig sind, 42 S. Tüchtige, leistungsfähige dementsprechend mehr. 5. Bei Akkordarbeit ist dem Arbeiter vor Übernahme derselben ein

Wohlbekannt auszubilden, auf welchem Preis, Stückzahl und Signum angegeben ist. Der einmal festgesetzte Akkordpreis wird voll ausbezahlt und soll nur dann einer Revision unterzogen werden, wenn dies durch eine Änderung in der Arbeitsmethode oder der Arbeit selbst bedingt ist. Der vereinbarte Stundenlohn muß garantiert und ausbezahlt werden. Ist bei neuer oder veränderter Arbeit eine Entlohnung über den Akkordpreis nicht zu erzielen, so wird die Arbeit in Stundenlohn hergestellt, unter Zugrundelegung des in den letzten vier Wochen erzielten Durchschnittsverdienstes des betreffenden Arbeiter. Niedrige Akkordpreise, bei denen der betreffende Arbeiter seinen Durchschnittsverdienst nicht erzielen kann, sollen entsprechend aufgebessert werden. 6. Unverschuldetes Fehlen wird mit dem vereinbarten Stundenlohn bezahlt. In Zweifelsfällen soll, wenn ein großes Versehen des Betroffenen nicht einwandfrei festgestellt ist, eine Kommission von drei Mann einen Entschaid herbeiführen: Wird auch da keine Einigung erzielt, so soll dem Betroffenen für die darauf verwendete Zeit der Stundenlohn bezahlt werden. 7. Die Lohnzahlung erfolgt freilich vor Feiertagsabend. Es soll ein Arbeiterausflug gewährt werden, dem Leute von jeder Abteilung angehören müssen, und zwar in der Weise, daß jede Werkstatt oder Abteilung die zu 50 Arbeiter einen, und für jede weitere 50 Arbeiter einen weiteren Vertreter bestimmen, welche alle Differenzen zu schlichten haben. Die Vertreterausflüge werden bezahlt. Sollte sich eine Partei mit dem Beschaid des Arbeiterausfluges nicht zufriedengeben können, so wird die Organisation versuchen, eine Schlichtung herbeizuführen, ehe von irgend einer Seite Maßnahmen ergriffen werden dürfen. 9. Die Vereinbarung gilt für ein Jahr vom heutigen Tage an und läuft jedesmal ein Jahr weiter, wenn nicht vier Wochen vor Ablauf von einer der beteiligten Seiten gekündigt wird. — Da im Laufe der letzten Jahre fortwährend Meinungsverschiedenheiten zwischen den Arbeitern und den Direktionen bestanden, so dürfte diese vorgezeichnete Regelung wesentlich zur Befriedigung beitragen, da diese Forderungen in vielen Betrieben heute schon erfüllt sind.

Harburg a. O. Der Streik der Former, Kernmacher und Gießerarbeiten ist am 13. Mai beendet worden. Seit dem 6. Mai waren auf Wunsch der Unternehmer Verhandlungen gepflogen worden. Die Unternehmer konnten sich aber nicht dazu entschließen, als Verein mit den Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu verhandeln und da es hierzu noch an der nötigen Einsicht bei ihnen fehlte, fanden die Verhandlungen der Leiter der einzelnen Betriebe mit den verschiedenen Kommissionen der Arbeiter statt. Das Resultat der Verhandlungen ist jedoch ein durchweg einheitliches. Folgende Vereinbarungen wurden getroffen: 1. Eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit könne für eine Berufsgruppe nicht vorgenommen werden. 2. Die Lohnzahlung kann an einem anderen Tage als am Sonnabend vorgenommen werden und wird dies durch Beschlußfassung des ganzen Betriebes festgestellt. 3. Für die ersten beiden Überstunden wird ein Zuschlag von 15 %, für Nach-, Sonn- und Feiertagsarbeit ein Zuschlag von 25 % pro Stunde gezahlt. Als Nachzeit gilt die über die vorerwähnten ersten Stunden hinausgehende Zeit. Bei solcher Arbeit werden auch noch die beiden ersten Überstunden wie die Nachzeit bewertet. Diese Zuschläge finden bei Lohn- wie Akkordarbeit Anwendung. 4. Sämtliche Löhne werden erhöht, und zwar durchgängig um circa 3 %, das heißt einzelne Löhne (meistens die höheren um 1 oder 2 %, die niedrigeren um 3 und 4 %). Demnach stellt sich in der Praxis der niedrigste Lohn für Former auf 48 bis 50 (bisher 44), für Kernmacher auf 48 bis 50 (bisher 43), für Kugler auf 45 (bisher 40), für Silberrbeiter auf 44 bis 45 (bisher 40). Jede Firma hält sich, wie den einzelnen Kommissionen auf Anfrage berichtet wurde, an die festgesetzten Löhne bei Einstellungen gebunden, ohne dies schriftlich niederzulegen. 5. Fehlen und Krankheit. In den Fällen, in denen die Former überhaupt kein Verzeichnis trifft, bleibt es bei dem bisherigen Verhältnis, das heißt es wird der Akkordpreis respektive der durchschnittliche Verdienst zur Auszahlung gebracht. In allen Fällen gilt der Stundenlohn als garantiert. Für solche Fälle, in denen der volle Akkordpreis respektive der durchschnittliche Verdienst nicht zur Auszahlung gelangen kann, soll 10 Prozent Zuschlag auf den Stundenlohn gewährt werden. Dies letztere soll ein weiteres Zugeständnis zu den bereits bestehenden Verhältnissen sein, nicht eine Verschlechterung. Bei der Firma Messerschmidt bleibt es bei der bisherigen zufriedenstellenden Regelung dieser Frage. 6. Die Weiteraufnahme der Arbeit erfolgt von Montag den 15. Mai an. Die bei Eintritt des Streiks im Betrieb gebliebenen Arbeiter werden nicht entlassen. Sämtliche Streikenden werden wieder eingestellt, ebenfalls sämtliche Gemahrgestellten. Maßregelungen aus dem gegenwärtigen Streiklaß finden nicht statt. 7. Bedingung der Wiedereinstellung nach vorstehenden Vorschriften ist, daß eine Regelung in sämtlichen Betrieben erfolgt. — In einer am 11. Mai abgehaltenen Versammlung aller Streikenden wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 11. Mai 1911 vorgenommene Versammlung der streikenden Former, Kernmacher und Gießerarbeiten nahm den eingehenden Bericht der verschiedenen Kommissionen über die erneuten Verhandlungen — vom 6. Mai bis heute — entgegen. In Anbetracht des wesentlichen Unterschieds der nunmehr erfolgten Verhandlungssache und in weiterer Berücksichtigung der gesamten Sachlage beschließt die Versammlung: daß, unter Berücksichtigung auf eine Verkürzung der Arbeitszeit und direkte Festsetzung von Einstellungs- oder Mindestlöhnen, die Kommissionen beauftragt werden, zu versuchen, durch nochmalige Rücksprache mit den einzelnen Firmen — bei Gelegenheit des endgültigen Abschusses der Bewegung — eine etwas bessere Regelung der Erhöhung der niedrigeren Löhne zu erzielen. Die alsdann noch notwendige schriftliche Abstimmung aller Beteiligten, das heißt der Streikenden, findet am Sonnabend den 13. Mai 1911, mittags 12 Uhr, statt. Die Kommission der Firma Harburger Eisen- und Bronzeverf. wird besonders beauftragt, nochmals darzulegen, daß es im Interesse eines gedeihlichen Zusammenwirkens und eines wirklichen Friedens bringend erforderlich ist, daß sämtliche neu eingestellte Arbeiter (Arbeitswillige) entlassen werden.“ Die Rücksprache mit den einzelnen Betriebsleitern zeitigten besriedigende Ergebnisse, außer bei der Firma Harburger Eisen- und Bronzeverf. u. S. Diese Firma konnte oder wollte sich nicht entschließen, die engagierten Streikbrecherlohnern zu entlassen und sie begründete diesen Standpunkt damit, daß durch das Scheitern der Verhandlungen am 27. April die Firma genötigt gewesen sei, den sich Melhenden dauernde Arbeit zuzuführen. Die Arbeitswilligen bei Christmann & Meyer haben inzwischen das Feld ihrer Tätigkeit verlassen. In drei Autos wurden die nützlichsten Elemente unter der Obhut des „Krankefahrers“ W. L. N. u. Burg aus Hamburg fortgeschickt; wahrscheinlich wird die Kolonne bald wieder einen anderen Ort umkreisen. Kurz nach Abreise der Bande entstand im Formereibetrieb bei Christmann & Meyer Feuer. Die Vereinarbeiterschaft der städtischen Wehr machte eingreifen. Die Arbeitswilligen (dieser Sorte Menschen ist ja bei ihrer „Kautschukartigen Tätigkeit“ alles zuzutrauen) wollten wohl noch zu ihrem Abgang „illuminierten“. — Die Versammlung der Streikenden am 13. Mai besaß sich mit dem Verhandlungsresultat. Nicht befriedigt war die Versammlung von der Mitteilung, daß auf dem Eisen- und Bronzeverf. (Kocher) die Streikbrecher nicht entlassen werden sollen. Trotzdem mit den hergeholten Arbeitswilligen nicht viel Staat zu machen ist, glaubt Herr Kocher, das Volk halten zu müssen. Und daran drohte der Friede zu scheitern. Denn, hätten die Kocher'schen Arbeiter allein abgemacht, hätte die Wiedereinstellung des Streiks wäre nicht beschlossen worden. Mit 140 gegen 93 Stimmen wurde für Fortsetzung des Streiks votiert; es fehlten der Mehrheit nur 47 Stimmen an der erforderlichen Dreiviertelmehrheit. Es wird aber erwartet, daß die Leitung des Eisen- und Bronzeverf. im eigenen Interesse möglichst schnell das Streikbrechergemindel abschließen und ehrlichen Arbeitern nicht zumuten wird, mit den nicht Meßern und Revolvern ausgestatteten Kapitalschützlingen zusammenzuarbeiten. Denn das würde keinen realen Frieden auf die Dauer geben. — Der hartnäckig geführte Kampf ist nun zu Ende. Er wurde zu Ende geführt gegen

den Willen der Mehrheit der am Kampfe beteiligten Arbeiter. Aber auch diese ablehnde Mehrheit war mit den materiellen Erfolgen vorläufig zufrieden. Auch sie weiß, daß auf einen Schlag kein Baum fällt und auch sie kannte ihren Gegner, der der rückwärtslosten Egarnterfäule angeheert. Die ablehnde Saitung der Mehrheit, die allerdings zur Fortführung des Kampfes nach den statutarischen Bestimmungen nicht genügt, wurde nur ausgedrückt durch den Widerstand Kochers, das Arbeitswilligenvolk, diese gefährlichen Patrone, zu entlassen, und die Zustimmung, daß organisierte Arbeiter mit dem Breitervolk zusammenarbeiten sollten. Nur diese Zustimmung rief und ruft bei ehrlichen Arbeitern Entzückung hervor. Aber wir sind sicher, die für „fest“ engagierten Streikbrecher werden sich nicht lange halten. Auch Herr Kocher wird froh sein, die Bande jähnell wieder los zu werden und der Anfang ist ja bereits gemacht. Am 13. Mai wurden circa 20 bis 25 Mann unter Polizeiaufsicht zum Bahnhof gebracht. Aus den Arbeitswilligen riefen der noch Zurückgebliebenen ist auch auf ein halbes Verbleiben zu schließen. Nach Kassel geht die Reise der Bande zu neuen Gestalteten. Am Bahnhof verließ einer der Patrone einen Angefallenen der Summkommisfabrik noch mit einem Messer am Kopfe. Der Kurze wurde notiert. Offenheit wird er, da man ihn weiterreisen ließ, auch zur Beurteilung entbedt. Die Reihen der Streikenden standen während der ganzen Dauer des Kampfes geschlossen. Streikbrecher aus den eigenen Reihen gab es nicht. Und die Einigung, die die Arbeiterchaft so notwendig braucht in ihren Kämpfen, muß erhalten, gestärkt werden. Dann werden auch die kommenden Kämpfe weitere Erfolge bringen.

Gold- und Silberarbeiter.

Breslau. In Nr. 36 der Metallarbeiter-Zeitung vorigen Jahres erschien eine Korrespondenz aus Breslau, in der unter anderem gesagt war, daß die Silberwarenfabrikanten Lemoir und Helm & Co. ein eigenes Verfahren erfunden hätten, sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen. In allen möglichen Blättern würden durch Inserate Gold- und Silberarbeiter gesucht und ihnen hohe Löhne, dauernd, guter Verdienst in höhere Aussicht gestellt. Bei Beginn der Beschäftigung werde ihnen tatsächlich der versprochene Lohn gezahlt und die Behandlung durch die Meister sei die liebevollste und beste. Wenn die Kollegen aber ihren Umgang bewirkt hätten, mit ihren Familien und ihrem Hausgerät da seien, gewinne die Sache ein anderes Bild. Abzug auf Abzug erfolge. Die Arbeit werde geteilt, Chef und Meister zogen ihr zweites Gesicht, weil sich der Arbeiter in einer Zwangslage befindet. Nur müsse der Arbeiter um jeden Preis schaffen, sonst würde mit der Hungerpeitsche gedroht. Der Verdienst fiele in einzelnen Fällen bis auf 12 M. pro Woche und nur ganz geübte Arbeiter erreichten höchstens 24 M. — Durch diese Darstellung fühlte sich Herr Lemor beleidigt, er stellte gegen den Redakteur Scherm Beleidigungsklage, die am 4. Mai 1911 vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt wurde. In der Verhandlung ist der Beweis für die in Nr. 36 vorigen Jahres gemachten Behauptungen fast vollständig gelungen. Die drei von uns vorgelegten Zeugen haben bekundet, daß tatsächlich Wochenverdienste von 10 M. und darunter vorgekommen sind. Ferner haben wir in dem Betrieb Lohnkarten eingeführt, auf denen die Kollegen allwöchentlich ihren Verdienst zu vermerken haben. Einige dieser Lohnkarten wurden dem Gericht vorgelegt und durch sie festgestellt, daß selbst in diesem Jahre in verschiedenen Fällen die Verdienste bis auf 8 M. pro Woche herabsanken. Der Buchhalter der Firma war als Zeuge anwesend und betrug an der Hand des mitgebrachten Lohnbuches, daß Jahresverdienste in zwei Fällen bis zu 2000 M. zu verzeichnen seien, jedoch unsere Behauptung, daß Wochenverdienste von 8 M. in nicht sehr seltenen Fällen vorkommen, konnte er auch mit Zuhilfenahme des Lohnbuches nicht abstreiten. Was aber zur Bekräftigung geführt hat, das ist: die Firma habe ein eigenes Verfahren erfunden. Das Gericht sagte, der eine Fall (Buck) könne nicht genügen, um von einem System zu reden, um man es dennoch, so könne nur die Abfahrt, zu belegen, die Erlebnisbar sein. Ein System wäre nicht bewiesen und daher müßte Bekräftigung erfolgen. Außerdem wurde des Wort Hungerpeitsche als beleidigend angesehen. In dieser Beurteilung wäre die Abfahrt der Beleidigung unwesentlich ersichtlich. Der Vertreter der Firma plädierte auf eine sehr hohe Befristung, es gebe eine gewisse Presse, die es sich zur Aufgabe mache, die Arbeiter zu verhexen; dies müsse streng bestraft werden. Natürlich blieb ihm der Verteidiger, Herr Simon, nichts schuldig. Das Gericht erkannte auf 50 M. Geldstrafe und Publikation des Urteils in der Metallarbeiter-Zeitung. — Aus den Schriftsätzen, die der Anwalt des Klägers dem Gericht einreichte, geht hervor, daß sich die Firma Lemor deshalb durch die inkriminierte Korrespondenz als geschädigt erklärte, weil nach deren Erscheinen nicht mehr so viele Angebote von Arbeitern erfolgten wie früher. Es ist nun nur nicht einzusehen, wozu die Firma vieler Angebote bedarf, wenn bei ihr die Verhältnisse für die Arbeiter so günstig liegen, wie sie durch ihren Anwalt in den Schriftsätzen an das Gericht behauptet liegt. Die Befristung des „Preisfinders“ wird ihr die gewünschten Angebote auch nicht verschaffen.

Klempner.

Stettin. Der Stettiner Klempnerzweig ist nach vierzehnjähriger Dauer durch Abschluß eines Vertrages für zwei Jahre mit gutem Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Der Vertrag sieht in seinen wichtigsten Positionen Minimallöhne in folgenden Altersklassen vor:

im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit	37 $\frac{1}{2}$ pro Stb.
= 2.	40 = = =
= 3.	43 = = =
= 4.	47 = = =
= 5.	50 = = =
= 6. und in folgend. Jahren nach beendeter Lehrzeit	52 = = =

Am 1. April 1912 erhöhen sich alle Löhne um 1 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Die Meister wollten von Minimallöhnen absolut nichts wissen, sondern in jeder Altersklasse noch den nötigen Spielraum haben. Wenn diese Position auch nicht voll befriedigt, so kann immerhin von einem sehr guten Erfolg gesprochen werden, denn die Klempnermeister schlugen noch Erreichung unseres Tarifes vor, die Lohnregulierung solle in folgender Weise vorgenommen werden:

im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit	30 bis 35 $\frac{1}{2}$ pro Stb.
= 2.	35 = 40 = = =
ältere Gesellen sollen erhalten	43 = 50 = = =

Die Klempnermeister mußten demnach bei Abschluß des Vertrages bedeutend über ihren Vorschlag hinausgehen. Auch bedeuten die festgesetzten Minimallöhne einen erheblichen materiellen Erfolg, denn der Durchschnittslohn für ältere Klempner, und diese kommen bei der Bewegung besonders in Frage, betrug bisher 46,2 S. und wird in Zukunft als Minimallohn 52 S. betragen, was einer sofortigen Lohnerhöhung von 8 S. gleichkommt. Neben diesen Zugeständnissen wurde noch eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche erzielt, höhere Bezahlung der Ueberzeitarbeit, Entschädigung bei Arbeiten außerhalb der Stadtgrenze und Erhöhung der Montageselder von 1,50 auf 2,25 M. pro Tag. Auch ist eine Regelung der Löhne der Kocher und bei den Helfern eine Lohnzulage erfolgt. Wenn auch nicht alles erreicht ist, so erklären sich die Klempner bei der Schwierigkeit der Situation im Klempnergewerbe und da es der erste Vertrag hier ist, einstimmig mit dem Resultat einverstanden. Eine seltene Erscheinung in Stettin: eine Bewegung wurde zur vollen Zufriedenheit der Beteiligten erledigt. Sache der Gesellen ist es nun, das Erreichte nicht nur fröhlich einzufühlen, sondern die Durchführung auch streng zu überwachen. Die Geschlossenheit und Einigkeit der Klempner dürfte die beste Garantie zur Einhaltung des Vertrages bilden.

Mechaniker.

Kassel. Nützliche Zustände in den Arbeitsverhältnissen sind bei der Aktiengesellschaft Schö n für Optil und Mechanik in Fringshausen eingetritten. Die Firma, die früher selbständig war, aber seit dem 1. Januar dieses Jahres der Berliner Aktiengesellschaft Schö n angegliedert ist, hat früher ein einigermaßen erträgliches Ver-

hältnis mit der Arbeiterschaft gepflegt. In allen die Arbeiterangelegenheiten betreffenden Fragen wurde der Arbeiterschuß gehört und die Wünsche desselben berücksichtigt. Seitdem Herr Wagner, früher bei Schö n, Obermeister ist, und der Betrieb nach seinen Wünschen geleitet wird, ist das anders, aber nicht besser geworden. Statt Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, brüskiert Herr Wagner die Arbeiter in unerhörter Weise. Eine Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß begeherte er ganz ungeniert als Quasilet. Bei Einführung der Akkordarbeit geht er in der rückwärtslosten Weise vor, indem er die Akkordpreise in der Regel so niedrig ansetzt, daß ein Verdienen über den Stundenlohn ausgeschlossen ist, vielfach wird dieser nicht erreicht. Obwohl die Art der Kalkulation sehr häufig jede Sachkenntnis vermissen läßt, droht Herr Wagner mit Kündigung, wenn der Stundenlohn nicht erreicht wird. Arbeiter, die auf die Inserate der Firma weit hergekommen sind, erhalten nach kurzer Zeit, wenn sie Herrn Wagner nicht passen, den Strauß vor die Türe gesetzt. Als vor einigen Tagen wegen dieser Dinge der Arbeiterausschuß vorstellig wurde, sprach die Direktion, bestehend aus den Herren Dr. Hoffmann und v. Bohlen u. n. b. a. l. l. b. a. c. h., Herrn Wagner ihr ausdrückliches Einverständnis mit seinen Maßnahmen in der Vergangenheit und auch in der Zukunft aus. Dabei stehen die heutigen Zustände im Betrieb im schreienden Widerspruch mit dem, was in einer Werkstättenversammlung am 9. Januar dieses Jahres der Direktor, Dr. Hoffmann, dem Arbeitern in Aussicht gestellt hat. Er sagte unter anderem: „Es hat unter Ihnen seit längerer Zeit ein gewisses Gefühl der Unzufriedenheit geherrscht, ob Sie Ihre Stellung bei der Firma Schö n auch als dauernd und dauernd einträglich ansehen können. Wir erklären Ihnen, daß Ihre Bedenken nicht gerechtfertigt sind.“ Dann ging Herr Dr. Hoffmann auf Vorschläge ein, die die Firma den Arbeitern machte, im Falle sie einen Vertrag auf zwei bis drei Jahre abschließen würden und sagte dann weiter: „Die obigen bestimmten Zugeständnisse lassen sich nur verantworten, da die Gewerkschaft vorliegt, daß das Geschäft sich heben und die Arbeit wachsend wird; daß damit eben auch für Sie die Möglichkeit wächst, mehr Geld zu verdienen, ist selbstverständlich.“ Nur, heute nach knapp vier Monaten, ist alles verfloren. Die Versprechungen sind nicht nur nicht verwirklicht worden, sondern es sind gegen früherer Verschlechterungen eingetreten und die Arbeiter sind herzlich froh, daß sie dem Rate ihrer Organisationsleitung gefolgt sind und sich nicht auf das Angebot der Firma, Einzelverträge abzuschließen, eingelassen haben. Sie haben so heute weitgehend die Möglichkeit, umgehindert sich bessere Arbeitsgelegenheit zu suchen, die infolge der äußerst guten Konjunktur in der mechanischen Industrie in Gülle und Fülle vorhanden ist. Und sie machen davon reichlich Gebrauch! Unseres Schätzungs nach hat seit Januar die Arbeiterschaft schon ein- bis anderthalbmal gewechselt! In einer Versammlung am Montag den 15. Mai haben die beschäftigten Arbeiter zu diesen Zuständen Stellung genommen und, um besonders die von außwärts zureisenden Kollegen vor Schädigungen zu schützen, beschlossen, über den Betrieb die Sperre zu verhängen. Kein Metallarbeiter irgend einer Branche darf deswegen also bis auf weiteres bei der Firma Aktiengesellschaft Schö n für Optil und Mechanik wegen Arbeit anfragen, noch welche annehmen. Der Betrieb ist unter allen Umständen streng zu meiden und es ist dem Herrn Obermeister Wagner zu überlassen, seine von sich behaupteten, von den Arbeitern aber noch nicht bemerkten Fähigkeiten der Direktion zu zeigen und die Arbeiten selbst herzustellen.

Metallarbeiter.

Hagen i. W. (S. Wurtenstreiche der Schwarzgelben.) Die „Christlichen“ gaben ein Flugblatt: „Freie Bundesgenossen“ heraus. Das veranlaßte den Deutschen Metallarbeiter-Verband, die bewußten Reagen der schwarzen Demagogen in einem Flugblatt: „Sie lügen wie die Teufel und schwärzeln aus Prinzip“ richtigzustellen. Und wir können konstatieren: Es hat eingetreten. Am Donnerstag den 11. Mai verteilten wir das Flugblatt und für Freitag den 12. abends, betrafen die schwarzen Reblüher bereits eine öffentliche Versammlung ein, um ihre aufgelegten Schandtat durch möglichst vieles Schimpfen zu verdecken. Dem Kollegen Ernst ging am Freitag morgen um 10 Uhr per Einschreibebrief ein Kaufzettel der „Christlichen“ zu, durch den freie Diskussion“ zugesichert wurde. Man hatte jedenfalls im „Christlichen“ Lager gedacht: Wenn die Einladung so spät eingeht, wird es dem „Koten“ nicht möglich sein, zu kommen und wir können dann sagen: Er war zu feige, um sich in einer öffentlichen Versammlung zu veranworten. Aber durch diese „Christliche“ Rednung wurde den schwarzen Brüdern ein Strich gemacht. Obwohl wir im voraus mußten, daß bei den Schwarzgelben von einer freien Diskussion keine Rede sein kann, gingen viele Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur Versammlung, bereits um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr war der Feilhauerische Saal überfüllt. Kopf an Kopf standen die Metallarbeiter und hartnackiger der Aussprache, die da kommen würde. Aber die schwarzen Brüder hatten es anders vor: ihnen war vor den vielen Metallarbeitern das Herz in die Hofen gerutscht. Bei Eröffnung der Versammlung erklärte Friedrich aus Geseleberg die Versammlung für eine „Christliche“ öffentliche Versammlung, zur Geschäftsordnung bekame keiner das Wort. Es war nach den bisherigen Gepflogenheiten der Schwarzen klar, daß man das Versprechen nicht halten wollte, denn zu oft schon hatten diese Brüder öffentliche Versammlungen einberufen und auf der Tagesordnung „freie Aussprache“ stehen, ohne die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zum Worte kommen zu lassen. Als ums Wort zu Geschäftsordnung gebeten wurde, erklärte man nun heraus: „Das gibt es nicht“ und gab dem „Christlichen“ Les das Wort. Diesen unterbroch Kollege Ernst und verlangte unbedingt das Wort zur Geschäftsordnung, um sich durch Versammlungsbesuch freie Rededeigt zu sichern, aber die kommandierten „Christlichen“ Schächeln brüllten ihn nieder. Sobald der Kollege Ernst verurteilt, zur Versammlung zu sprechen, gaben 50 bis 60 konfliktierte „Christliche“ berartete Tierlaute von sich, daß es unmöglich war, sich verständlich zu machen. Es kam nun zu Sturmworten, die vermindert worden wären, wenn die Schwarzen den Mut gehabt hätten, das Wort zur Geschäftsordnung zu geben. Als Les sah, daß es ohne wirklich freie Diskussion nicht abgehen würde, machte er von seinem angeblichen „Hausrecht“ Gebrauch und forderte den Kollegen Ernst, her nur das Wort zur Geschäftsordnung verlangt hatte, auf die Versammlung zu verlassen, sonst würde der Hausfriedensbruchparagraf angewandt. Als dadurch bewiesen war, daß es den Schwarzen auf eine sachliche Aussprache nicht ankam, verließen unsere Kollegen, nachdem sie ein brauendes Hoch auf den Verband ausgedrückt hatten, den Saal und zogen zur Tonhalle, wo schnell eine Parallelversammlung veranstaltet wurde. Schnell hatte sich der Saal gefüllt, selbst auf der Galerie war kein Plätzchen mehr zu bekommen. Kollege Ernst referierte über das erbärmliche Verhalten der „Christlichen“ Arbeiterführer in Hagen-Schö n. Er wies nach, daß die Christenführer von Verrat zu Verrat eilen, daß ihre Verhalten bei Eiden & Co., bei Wittmann Nachfolger eine Kette von Niederträchtigkeiten darstellt. Der „Christliche“ Zur Meiden ist nach der Einleitungsrede des Schö n: „Sie lügen wie die Teufel und schwärzeln aus Prinzip“ zu Herrn Gerstein gelangten, um sich befähigten zu lassen, daß er ein „braver“ Kerl sei. Dieser Christ sagte nach dem Vorstelligwerden der Kommission der Eiden: „Das tue ich nie wieder (das Betteln für die fließt Gemahregelungen), und wenn es mein eigener Bruder wäre.“ Kollege Ernst wies weiter darauf hin, daß die Schwarzen bei der Firma Junkle & Guel unseren Vertrauensleuten erklärten, wenn sie noch einmal bei einem „Christlichen“ Mitglied für den Verband agitieren, würden sie den Kollegen bei der Firma denunzieren. Bei der Firma Küling erklärte ein „Christliches“ Vorstandsmitglied: „Wenn der Deutsche Metallarbeiter-Verband bei Küling vorgeht, liefern wir sofort Streikbrecher.“ Summe mehr zeigt es sich, daß die schwarzgelben Führer systematisch versuchen, die Arbeiterschaft zu verhexen. Das Hagener nationalliberale Lager hat sich denn dieser Unternehmerrückgrupp auch liebevoll angenommen, es veröffentlicht Propagandaartikel für diese

Strafverfahrensorganisation. In seinen Ausführungen ging Kollege Ernst nochmals auf die „christliche“ Verfassung ein und wies darauf hin, daß die Arbeiter in die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband und Christen-Deutscher Gewerkschaften vereinbarte Versammlung zu kommen, obwohl die Einladung dazu früher in seinen Händen gewesen sei als die, die er beschickte hat. Mit der Aufforderung, raschlos für den Deutschen Metallarbeiter-Verband weiter zu agitieren, damit auch der letzte Metallarbeiter gegen dem Verband zugeführt wird, schloß Kollege Ernst seinen klügeligen Vortrag mit dem Hinweis auf die Durchführung der „christlichen“ Versammlung. Obwohl ein „Christenführer“ anwesend war, machte er von dem Rechte der freien Diskussion keinen Gebrauch. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige in der Vorhalle tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung verurteilt ganz entschieden die schamlose Handlungsweise der Vertreter des „christlichen“ Verbandes, deren Tätigkeit darin besteht, die Arbeiterinteressen mit Füßen zu treten und dem Unternehmertum Handlangerdienste zu leisten. Ganz besonders hat sich dieses gezeigt bei den Differenzen bei Eiden & Co. Die Versammlung erkennen einzig und allein im Deutschen Metallarbeiter-Verband die richtige Organisation für die Metallarbeiter und versprechen, mit aller Kraft an dem Ausbau dieser Organisation zu arbeiten und das Vorgehen der „christlichen“ Führer überall in das rechte Licht zu stellen.“ Mit einem brausenden Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband schloß Kollege Eiden die von circa 1000 Personen besuchte Versammlung.

Hamburg. (Arbeitsniederlegung auf der Werft von Blohm & Bop.) Am Freitag den 13. Mai 1902 drehten und Maschinenbauer die Arbeit nieder, und zwar giffen die Kollegen zu diesem Mittel, um den maßlosen, gänzlich willkürlichen Willkürabschüben ein Ende zu machen. Gleich nach dem Werftarbeiterstreik wurde ein Meister namens Eulenfein eingestellt zu dem ausgesprochenen Zweck, Abschuldungen vorzunehmen. Den Arbeitern wurde ausdrücklich gesagt: „Eulenfein soll der Schlämperer auf der Galerie ein Ende machen.“ Dieser Meister (ein früherer Arbeitswilliger) zeigte sich denn auch als „Meister“ in der Kunst, Willkür zu revidieren, nur wurden die Absätze so plump, so planlos, ganz willkürlich vorgenommen, daß von einer Meisterhaftigkeit nicht geredet werden kann. Die Folge war ein fortgesetzter Konflikt mit den Kollegen, der mit der Arbeitsniederlegung auf's höchste gesteigert war. Eine Kommission wurde voran gestellt, doch wurden keine Änderungen in Aussicht gestellt, man schritt sogar zur Strafregelung eines Kollegen. Damit nicht genug, am Montag den 15. Mai entließ man sogar einen Vertrauensmann von uns. Die Folge war, daß in einer Betriebsversammlung beschlossen wurde: „Wenn die beiden Gemäßregelungen nicht wieder eingestellt werden und wenn weiter keine Garantien gegeben werden, daß die willkürlichen Abschuldungen unterbleiben, dann legt die gesamte Arbeiterschaft der Maschinenfabrik I und II die Arbeit nieder.“ Mit diesem Beschlusse wurde eine Kommission voran gestellt, aber auch dieser gelang es nicht, eine Einigung zu erzielen. Die Firma wollte die Dreher und die Maschinenbauer der Galerie nach Bedarf durch den Arbeitsnachweis wieder einstellen, jedoch mit Ausnahme der beiden Gemäßregelungen. Als Antwort legten am 17. Mai die Arbeiter, wie beschloffen, die Arbeit nieder. Dieses Vorhaben mag als Beweis dienen, wie es auf den Werften in Hamburg gärt, wie ganz besonders die Hamburger Werftbesitzer mit aller Macht darauf an sind, das durch den Werftarbeiterkampf Erzwungene wieder illusorisch zu machen. Für uns ist das gleichzeitige eine Warnung, daß wir auf der Hut sein und den Vorgängen auf den Hamburger Werften die größte Aufmerksamkeit widmen müssen.

Hülfs-Str. (Siebenmonatskinder in der Waggonfabrik Herbrand & Co. in Köln-Sprengelb.) Auf die Schreiben der Firma, deren Inhalt in der letzten Nummer schon veröffentlicht, beschloffen die Streitenden einstimmig, die Arbeit am Montag den 15. Mai nicht wieder aufzunehmen. Trotz dieses Beschlusses hatte aber die Direktion und Betriebsleitung, es würden sich doch eine Anzahl Arbeitswillige aus den Reihen der Streitenden finden, aber das hatten wir vergebens: nicht ein einziger Arbeiter von den 500 hat sich zum Kaufstreiber hergegeben. Genau so wie Direktion und Betriebsleitung am Montag früh vor 7 Uhr schon auf ihrem Posten waren, so waren es auch die Streitenden, hatte es doch am Samstag schon geheißt, es würden am Montag auch die ersten Arbeitswilligen von auswärtig ankommen. Um 7 Uhr wurden die Tore der Fabrik weit aufgemacht, sämtliche Beamten hatten schon die Hände der Dinge, die da kommen sollten. Gegen 7 1/2 Uhr wurde dann vom Sprengelb Bahnhof aus eine Maschine mit einem Personenwagen fahbar, und siehe da: es war ein Wagen voll zusammengekaufter Leute, bewaffnet mit Revolvern und Messern, die die Firma Herbrand durch die Agenten der Witwe Müller in Bandscheibe hatte anwerben lassen. Auf den ersten Blick war zu sehen, daß jeder Streitende der Firma diese Elemente gönnte. Kaum waren diese „Mischlinge“ Leute zwei Stunden im Betrieb, als der Betriebsleiter zu einem Arbeiterkonferenzmitglied auf die Straße kam und ihn in Aufstufung der Direktion ersuchte, doch den Arbeiterkonferenzmitgliedern, zum Verhandeln zu kommen. Am Montagnachmittag wurden dann die Verhandlungen aufgenommen, führten aber bis zum 17. Mai noch zu keinem Ergebnis. Aus welchen Elementen der Trupp Arbeitswilliger zusammengekauft war, geht am besten daraus hervor, daß, nachdem sie kaum zwei Stunden im Betrieb waren, schon ein Polizeikommissar in den Betrieb gehen und ihnen unterlagerte war, daß sie unter keinen Umständen die Streitenden mit Revolvern bedrohen dürfen. Das dem Herrn Betriebsleiter selbst sagt und heute ist, zeigen die Worte, die er zum Arbeiterkonferenzmitglied sagte: „Leute, nun tut mir nur das nicht an und laßt mich mit diesen Leuten arbeiten.“

Aus dem Oberelbs. Ausgerechnet der Herr Peter Bäder, Bezirksleiter des Zentrum-Metallarbeiterverbandes, ist es, der in der ihm gemeinschaftsverbundenen Weise auftritt: Rasch zu predigen. Im Laufe eines wohlverstandenen B. -Mischlinges Jesuitendogmas versucht er über „sozialdemokratische Arbeit und Ausbeutung“, weil er in einer unzulässig abgeholzten Betriebsorganisation der Firma Schütz wegen seiner ungesunden Schwändeleien über den Deutschen Metallarbeiter-Verband von dessen Geschäftsführer als das schickte wurde, was er ist. Das erzählt er mit der Ungehörigkeit eines „Christen“ um so hin, den er überhaupt nicht anerkennen würde ihm eine solche Behandlung zuzulassen. Das Eingestehen der Wahrheit über den Streit bei Schütz erweist sich von nun an ja schon, als man es von seinem früheren „Lehrmeister“ im Falle des Streiks in Böhmisches Weiden hat erwidert können. Der Bekannte hat ja: „Glaube Bäder, gläubige Kasper“, was der Bekannte selbst genugsam weiß. Seitdem durch Verhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, dem „christlichen“ Verband und der Firma Schütz die Verhandlungen eingestellt wurden, die zur Wiedereinsetzung der Arbeit führten, ist wieder der „christliche“ Peter in Verhandlung und in der Presse seiner Socialen über den Deutschen Metallarbeiter-Verband. So behauptet er, der Deutsche Metallarbeiter-Verband beziehungsweise dessen Geschäftsführer Grotz sei in der schändlichsten Weise den „Christen“ in den Rücken gefallen und habe seine Mitglieder zum Einmischen angezogen. Dabei haben die neuen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in einer Versammlung gerade auf die Angelegenheiten des Geschäftsführers Grotz hin einstimmig beschloffen, daß die Einstellung der Arbeit die „Christen“ in ihrem Anspruch zu unterstützen. Bäder selbst also Behauptungen wider besseres Wissen auf. Wenn so sehr es mit den weiteren Lehren aus „christliche“ organisiert Arbeiter sollen im Streit gehalten sein. Auch Angabe der Firma Schütz, haben 18 „christliche“ organisierte Arbeiter am Freitag den 22. April, morgens, für welches Abend ihre Entlassung verlangt. In der Betriebsversammlung am Abend wurden 24 Mann gewählt, die aber noch lange nicht alle den „Christen“ angehören, wie ja die Angabe der Lohnempfänger in dieser Versammlung zur Sprache gebracht. Diese weiteren Belege, wie Bäder mit der Wahrheit unaufrichtig, bezieht er mit dem Lehrgang, daß er mit Grotz nicht. Dieses Schandstück haben schließlich drei Jungen von uns beigetragen. Es hat am 22. April stattgefunden, als die Arbeiter schon ihre Abreise eingereicht hatten. Bäder war nicht in der Lage, auf die bestimmten Aufträge des Geschäftsführers Grotz, wieviel Arbeiter christlich organisiert und wieviel von diesen unterstützungsberechtig sind, zu antworten. Ja, es ist durch einen Brief Bäderts an seinen Vertrauensmann im Schützischen Komitee festgestellt, daß er am 5. Mai, also nachdem der Streik von bereits eine Woche bezeugt war, noch nicht einmal um die, wieviel Arbeiter überhaupt bei der Firma Schütz beschäftigt waren. Wenn nun im Telefongespräch eine solche auf „christliche“ Seite liegende Schlauperei dahingehend apotheosiert wird, daß da ein Streik von vornherein als ausfallslos erscheinen muß, so möchte das auch einem „christlichen“ Führer einleuchten, wenn ihm nicht alles Veranordnungsgefühl schon abhanden gekommen ist. Der Zweck der Werbung ist bei Bäder der, nach der Methode „Sälzet den Dieb“ der Oeffentlichkeit und seinen eigenen Kollegen Sand in die Augen zu streuen, damit diese ja nicht zur Erkenntnis gelangen sollen, wie sie von ihren Führern, speziell wieder beim Streik bei der Firma Schütz, von Bäder hineingelegt wurden. Damit schließen wir die Akten über die neuesten Leistungen eines „christlichen“ Gewerkschaftsführers im Oberelbs.

Planen i. B. Eigenartige Methoden befolgen die Geschäftsführer, um die Unternehmer gegen die Gewerkschaften hart zu machen und sich als die bestmöglichen unschuldigen Dummelien hinzustellen. In seinem Drange, seinen wenigen Mitgliedern am bestmöglichen Ort zu zeigen, daß man auch etwas für sie tue, hat sich eine der höchsten und bekanntesten Größen hingekippt und dem Christen-Deutschen Zeitungsblätter folgenden bezerrerkenden Erguß anvertraut: „Planen i. B.“ In der Maschinenfabrik von Endesfelder & Weiß arbeitet seit einem halben Jahre ein Mitglied unseres Gewerkschafts der Maschinenbauer. Den Herren Verbändlern, die dort beschäftigt sind, paßt dieses gar nicht. Auf alle möglichen Arten wurde der Gewerkschaftler schikaniert und mit den gemeinsten Redensarten beschimpft, um ihn aus dem Betrieb hinauszujagen. Da dieses nicht gelang, mußten andere Satten aufgezogen werden. Jetzt erklärten die Verbändler diktorisch den maßgebenden Personen: Wenn der Herr nicht entlassen wird, ziehen wir unsere Leute aus dem Betrieb heraus. Das half. Die Leitung des Betriebes hatte behauerlichweise nicht das nötige Maß an unserer Kollege wurde erlassen. Natürlich schloß sich durch den Verbändlern der Raum, und fühlten sie sich nun als Herren der Situation. Ein schöner Beweis ihrer Kränklichkeit und Gleichheit. Ja, ja, es geht doch nichts über das Wohlgefallen, seinen Arbeitsschlegen den Lebensunterhalt geraubt zu haben. Dazu ein Gegenstück. Bei der Endesfelder & Weiß sind nur Gewerkschaftler und ein Verbänder beschäftigt. Von einer Beschäftigung des Verbändlers durch die Gewerkschaftler ist selbstverständlich nichts zu merken. Offen erklärte derselbe, daß sich mit den Gewerkschaftlern besser zusammenarbeiten läßt, als mit seinen Kollegen. Wie kann es auch anders sein. Unsere Kollegen achten die Ueberzeugung anders organisierter Mitarbeiter, während den Verbändlern die Bekämpfung einer anderen Ueberzeugung mit jedem Mittel als eine hohe Aufgabe gepredigt wird. Soffentlich steht halb die Arbeiterschaft ein, wo ihre Interessen am besten vertreten werden, ob in dem unruhigen sozialdemokratischen Verband oder im Gewerkschaftsbund. — Als unsere Kollegen dieses Geschrei auf's Gehör bekommen, äußerten sie mir gegenüber: „Der Schreiber dieser Zeilen kann doch auch nicht den leiblichen Versuch gemacht haben, den tatsächlichen Verlauf der Angelegenheit festzustellen.“ Nahe Menschen! Als ob den Geschäftsführern jemals daran gelegen hätte, die Wahrheit festzustellen. Wahrheitsluster darf man nicht unter ihnen suchen, die würde auch der selbige Drogen mit seiner Laterne nicht finden. Bisher es ihnen ankommt, ist nur, Behauptungen aufzustellen, die die Gewerkschaften zu Kompromittieren geeignet sind, jeden Vorgang und jede Bewegung innerhalb unserer Gewerkschaftsbriefe zu drehen. Die Tatsache, daß die Geschäftsführer sich fast in jeder Spalte ihrer Blätter mit uns beschäftigen, ist für uns ein sehr erfreuliches Zeichen. Es zeigt davon, daß unsere Kollegen sich allerorts zähren und daß es bei uns kräftig vorwärts geht. Je erfreulicher unsere Entwicklung und Erfolge sind, desto größer der Reiz und die Mühsal der Geschäftsführer, desto glücklicher ihre Schreiberinnen. Gehen wir einmal kurz dem Labyrinth auf, den sich die Behauptungen der Geschäftsführer aufbauen, auf den Grund. Da wir möchte ich noch bemerken, daß der Vorgang sich Ende März abgeschlossen hat, während der „Kritik“ erst in der Nummer vom 12. Mai erschien. Seit einiger Zeit arbeitet bei der Firma Endesfelder & Weiß ein Mitglied des Christen-Deutschen Gewerkschafts, namens Keemann. Während jenseit in dem Betrieb erfüllliche Streitigkeiten unter den Kollegen nicht vorliegen und das Verhältnis zu Meistern und Firmeneinwohnern ebenfalls als ein erträgliches bezeichnet werden konnte, mußten sich unsere Kollegen seit der Anwesenheit des Gewerkschaftlers bei jeder Gelegenheit angegriffen. Es dauerte auch gar nicht lange, da hatte man die Gewisheit, daß Keemann dabei seine Hand im Spiel hatte. Auf zwei unserer Kollegen hatte er es ganz besonders abgesehen. Anlässlich eines harmlosen Vorgangs, wie er wohl in jedem Betrieb einmal vorkommt (ein junger Kollege hatte etwa sieben oder acht in seiner Nähe befindliche Arbeitkollegen, darunter auch den Gewerkschaftler, mit Wasser bespritzt), zeigte er wieder diese beiden an, indem er behauptete, daß diese ihn bespritzt hätten, um ihn aus dem Betrieb hinauszujagen. Die Folge dieser Angelegenheit war die Entlassung eines dieser Kollegen. Nach sofortiges Vorbringen gelang es uns, diese Entlassung rückgängig zu machen. Es wurde festgestellt, daß der betreffende Kollege nicht gespritzt hatte: Keemann war in Gegenwart des Chefs, des Produktionsleiters und der beteiligten Arbeiter gewesen, daß er das auch gar nicht behaupten konnte. Der Kollege, der gespritzt hatte, meinte sich dann und Keemann meinte wieder, daß er gegen ihn nicht das geringste einwenden könne. Nachdem die hinständige Angelegenheit Keemanns festgestellt war, verlangten die Kollegen, da sie sich vor Keemann nicht mehr sicher fühlten, dessen Entlassung. So wurde beantragt, diesen Antrag der Firma zu übermitteln. Die Forderung, jemand zu entlassen, stellt man nicht gerne. Ich begab mich zu dem Zwecke, die Sache wenn möglich wieder einzuregeln, in das Atelier der Firma. Einer der Firmeneinwohner war nicht zu gegen. Der Produktionsleiter Keemann hatte auch bezeugt ihn über die Vorgänge im Betrieb. Keemann, der sich nicht konnte (er hielt mich, wie er sich später anderen gegenüber ausgesprochen hat, für eine Geschäftsperson), legte nun in einer Weise namentlich gegen die erwiderten beiden Kollegen los, wie ich es nicht für möglich gehalten hätte. Eine kleine Zwischenfalle: Das sind Karikaturen, von denen man sich alles hersehen kann... Die sind zu allen Schändlichkeiten fähig. Das sind die reinen Hochverräther. Ich weiß ganz genau, wenn hinter etwas ist, dann geht es von diesen aus.“ In dieser heftigen Weise ging es fort. Am hat ich, die von Keemann angegriffenen Kollegen ebenfalls vorzurufen. Das geschah und Keemann wurde diesen in meinen und der betroffenen Kollegen Zeugen Zeilen, wozu auch der Chef gekommen war, gegenwärtig. Jetzt erklärte Keemann auf Befragen der betroffenen Kollegen, daß ihm niemals einer dieser Kollegen etwas zu Leide getan habe und er noch niemals mit einem von diesen im Streit gewesen war. Er war in Gegenwart unserer Kollegen nicht in der Lage, auch nur das allgeringste Sachliche über diese zu sagen. Keemann war eilardi und man wird es nun unseren Kollegen nachsichtig können, daß sie keine große Lust mehr hatten, mit diesem Keemann noch länger zusammen zu arbeiten. Die Firma sah ebenfalls ein, daß sie ihre Arbeiter dieses Christenkomplex nicht länger zusammen lassen und es wurde uns gesagt, daß Keemann, sobald er seine Arbeit beendet hätte, entlassen werden würde. Das ist geschehen: wir schickten ihm, daß alle Untereinander zu benachteiligt sein möchten, solche Elemente an die richtige Stelle zu setzen, heißt ihren Einflusses abzuwehren. Eigentlich bedürft es uns aber, daß der „Kritik“ nicht im Regulator, dem Organ der Maschinenbauer, in der Christen-Deutschen Zeitungsblätter Zeitung erschienen ist. Set man etwa gekannt, die Metallarbeiter würden darauf nicht aufmerksamer werden? Auf das höchste Geschick eingegangen, das der zweite Akt des „Kritik“ enthält, wird man wohl nicht erwarten.

Witten (Ruhr). Der Streik auf dem Stahlwerk Stöckum, am dem Former, Kernmacher, Fußer, Dreher und Schlosser beteiligt sind, dauert ununterbrochen fort. Die Arbeitseinstellung erfolgte wegen verschiedener Mißstände, besonders wegen der willkürlichen Willkürabschüben. Ausführlicher Bericht folgt in nächster Nummer. Zugut ist streng fernzuhalten.

Rundschau.

Reichstag.

Das Plenum des Reichstags beschäftigte sich auch in der Berichtswochen noch ausschließlich mit der Beratung der Reichsversicherungsordnung. Der Fortgang entsprach dem Anfang insofern, als die Sozialdemokratie beinahe ausschließlich bebaute und ihre Anträge mit ganz wenigen Ausnahmen von dem Trappistenbrot mit wechselseitigen Mehrheiten niedergebittet wurden. Die Arbeit, die die sozialdemokratische Fraktion bei dieser Gelegenheit leistet, ist aber nicht bergleich gewesen, weil sie geeignet ist, das Märchen zu zerstören, als ob die Sozialdemokratie im Parlament keine praktische Tätigkeit entfaltet. Das Gegenteil ist der Fall: kein einziger Antrag der Partei kann als sochlich ungerechtfertigt oder als undurchführbar bezeichnet werden, es sind lediglich die Rücksichten auf den Geldbeutel der Reichen, die man ihnen entgegenstellen kann.

Ueberaus bemerkenswert ist, daß die verschworenen Schwelger immer dann bereit werden, wenn agrarische Interessen auf dem Spiele stehen. Dann kommt es ihnen auch einmal auf eine stundenlange Diskussion nicht an.

Einen wichtigen praktischen Erfolg erzielte die Fraktion durch ihren Antrag, die zivilrechtliche Haftung des fahrlässigen Unternehmers für alle die Fälle durchzubrechen, in denen sowohl nach dem bestehenden Gesetz wie nach dem jetzt beratenen Entwurf die Hinterbliebenen eines durch Unfall Getöteten ohne jede Rente bleiben müßten. Die Beispiele, die der Abgeordnete Dr. Franke anführte, um die Notwendigkeit einer solchen Regelung zu beweisen, machten tiefen Eindruck auf allen Seiten des Hauses. Der Abgeordnete Semler verdrückte dann zwar, eine entsprechende Regelung, angeht bis zur dritten Lesung, in Wirklichkeit aber auf unabsehbare Zeiten, zu verschleppen, doch gelang es mit knapper Mühe, dieses Manöver zu durchkreuzen.

Der Höhepunkt erreichte die Diskussion bei der Festsagung der Altersgrenze in der Altersversicherung. Seit Jahren hat sich der Reichstag immer wieder mit Anträgen aus den verschiedensten Parteien zu beschäftigen gehabt, die Grenze von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen, also auf das Alter, das auch in Frankreich und England zum Bezug der Altersrente herabgesetzt ist. In der Kommission hatte nur die Sozialdemokratie diese Forderung, die den Wünschen der Versicherten ebenso wie den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, aufgestellt: für die zweite Lesung war ihr die freisinnige Volkspartei zur Seite getreten, die einen wörtlich gleichlautenden Antrag einbrachte. Die Ausführenden, ihm zum Siege zu verhelfen, stiegen, als mindestens ein Teil der Nationalliberalen ihm zustimmte erklärte. Da aber fuhr die Regierung das schwere Gewicht ihres Unannehmbar auf. Zwei Staatssekretäre kämpften den heftigsten Kampf gegen eine anständige Verfolgung der Veteranen der Arbeit, und sogar der Reichstagsalter war herbeigeilt, um diese Forderung des Anstandes und der Menschlichkeit zurückzuweisen. Hinter den Kulissen natürlich. Aber die Bemühungen der Bureauplätze waren gewiß nicht von Erfolg gekrönt worden, wenn nicht die sogenannten Arbeitervertreter des Zentrums ebenfalls gegen die vitalen Interessen ihrer Klassengenossen gekämpft hätten. Die Abgeordneten Beder (Arnberg) und Giesberts stellten sich in die schöne Aufgabe, die freiwilligen Regierungskommissäre zu spielen. Sie taten so, als ob sie glaubten, die Regierung werde wirklich den ganzen Entwurf scheitern lassen, wenn die Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt würde. Natürlich konnte davon gar nicht die Rede sein: die Regierung hätte nie und nimmermehr gewagt, gegen den Mehrheitswillen des Reichstags ihr Unannehmbar aufrecht zu erhalten. Das wäre ein lustiger Wahlschmerz geworden, wenn darüber der Reichstag aufgelöst worden wäre! Die Zentrumsbemühungen redeten ein langes und breites, die Herabsetzung der Altersgrenze sei nicht die wichtigste und dringendste Verbesserung, die man dem Entwurf einfügen müsse. Selbst wenn dem so wäre, dann ist noch immer festzustellen, daß diese Verbesserung unter allen Umständen hätte durchgeführt werden können. Der sozialdemokratische Antrag wurde denn schließlich mit 160 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Unter der Mehrheit befindet sich neben dem Zentrum, das ein wenig die Veteranen der Arbeit verraten hat, ungefähr ein Dutzend Nationalliberalen. Man kann also sagen, daß die Arbeiterfeinde aus dieser Partei im Bunde mit dem Zentrum die Forderung niedergebittet haben. Das Zentrum wird sich nicht entblenden, im Lande draußen die Schuld ausschließlich den Nationalliberalen beizumessen. Um so notwendiger ist es, daß von unserer Seite alles zur Aufklärung der christlichen Arbeiter auch über das Verhalten des Zentrums selbst geschieht.

Voraussetzliche wird die Beratung der Reichsversicherungsordnung in der zweiten Lesung am 20. Mai abgeschlossen werden. Bevor dann die dritte Lesung beginnt, mit der man in einem oder in zwei Tagen fertig zu werden hofft, wird der schwedische Handelsvertrag und namentlich die Verfassung für Elbisch-Lothringen Gegenstand der Beratung sein. Die elbisch-lothringische Frage hat in der letzten Zeit außerordentlich an Bedeutung gewonnen, da es nicht ausgeschlossen ist, daß die Eroberung des Reichstagswahlrechts für Elbisch-Lothringen gelingt. Welche Bedeutung das für die allgemeine politische Situation namentlich in Preußen haben kann, liegt auf der Hand.

Die Stuttgarter Bürgermeistereiwahl und die Beamten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Wie bekannt, wurde am 12. Mai in Stuttgart ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Mit der Stellungnahme zu dieser Wahl beschäftigte sich eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins am 4. Mai. Da es sich um eine wichtige Angelegenheit handelte, so ist es nicht zu verwundern, daß diese Versammlung flüchtiger beschaff war, als sonst üblich ist. So verlor es nun auch wäre, an dieser Stelle einen wahrheitsgetreuen Bericht von der Versammlung zu bringen, umsomehr, als gewisse Parteiblätter verlogene Sensationsnachrichten darüber in mehr oder weniger böswilliger Weise breitgetreten haben, so müssen wir doch leider davon absehen, weil dies weit über den Rahmen unseres Blattes hinausgehen würde. Die Versammlung stellte beinahe sämtlich den Gewonnen Dr. Lindemann als sozialdemokratischen Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl auf. Die Art der Aufstellung geschah aber entgegen dem Willen und Absichten der Stuttgarter Parteileitung, an deren Spitze der Redakteur Westmeyer und der Parteisekretär Bullmer stehen. Die Masse der Groß-Stuttgarter Parteigenossen (soweit diese in das unzulängliche, von der Parteileitung für die Versammlung ersandene Lokal hinein konnte) hatte also gegen den Willen der Parteileitung entschieden, was in anderen Orten

und anderen Organisationen bekanntlich zumeilen ebenfalls vor-

Die bürgerlichen Parteien gerieten durch die Auffstellung eines sozialdemokratischen Kandidaten, der die bürgerlichen Kandidaten an Fähigkeiten anerkanntermaßen weit übertraf, in heillosen Schrecken.

War bisher die Versammlung ruhig, hatte sie selbst den gewagtesten Behauptungen Weisfall gependet, so änderte sich das Bild mit einem Schlage, als Westmeyer entgegenete.

Dies ist auch eine der vielen — sagen wir ganz sachlich — Unwahrheiten, die der „Artikel“ enthält, wie es ja gewiss auch jedem, der den Artikel gelesen hat, auffallen mußte, daß nicht gesagt wird, warum dem Westmeyer unterbrochen wurde.

In dem Leitartikel des Hamburger Echo Nr. 112 vom 14. Mai wird behauptet, daß in der Stuttgarter Parteiversammlung, die den Genossen Dr. Lindemann als Kandidaten zur Bürgermeistereiwahl aufstellte, bei der Entgegnung Westmeyers der Tumult am stärksten an dem Tisch gewesen sei, wo Beamte des Metallarbeiter-Verbandes, darunter Scherm, saßen.

Die unterzeichneten Beamten des Metallarbeiter-Verbandes, die dabei in Betracht kommen, fordern hierdurch den Einsender des Berichts auf, sich ihnen zu nennen, damit die Angelegenheit durch die hiesigen Parteinstanzen ordnungsgemäß erledigt werden kann.

Stuttgart, den 16. Mai 1911.
Joh. Scherm. U. Quitt. E. Scharfsmidt. Fritz Schulz. Wilh. Eggert.

Die Redaktion des Hamburger Echo brachte die Aufforderung in ihrer Nr. 115 vom 18. Mai und knüpfte daran folgende Bemerkung: „Ob man in Stuttgart jetzt eine heiläufige Bemerkung herausgreifen und davon eine Haupt- und Staatsaktion knüpfen möchte? Uns scheint es richtiger, daß die Stuttgarter und württembergischen Genossen, wenn auch nur nachträglich, über die Debatten und sonstigen Vorgänge in jener Versammlung informiert würden.

Das Hamburger Echo hat vollständig daneben. Ihre angebene Vermutung, als seien wir fünf nur vorgeschoben worden, ist gänzlich unzutreffend. Uns lag nur daran, uns wegen der gegen uns erhobenen Beschuldigung auf lokalem Wege zu rechtfertigen, und da wir der Redaktion des Hamburger Echo einen Bruch des Redaktionsgeheimnisses nicht zumuten können, so blieb uns nichts anderes übrig, als an den Mut des für uns anonymen Einsenders des Artikels zu appellieren.

Wir hatten nicht die Absicht, den Raum der Metallarbeiter-Zeitung für diese Angelegenheit in Anspruch zu nehmen. Der Schmäh-artikel des Hamburger Echo hat aber sehr schnell seinen Weg in die Leipziger Volkszeitung (Nr. 111 vom 16. Mai) gefunden.

Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß der Einfluß der Angestellten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, dank der systematischen Gehe gegen die Gewerkschaftsbeamten auf die Stuttgarter Parteiangenheiten so gering ist, daß mancher von ihnen es vorzieht, den Parteiversammlungen fernzubleiben, weil er es satt hat, sich stets anzupöbeln und beleidigen zu lassen.

Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß der Einfluß der Angestellten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, dank der systematischen Gehe gegen die Gewerkschaftsbeamten auf die Stuttgarter Parteiangenheiten so gering ist, daß mancher von ihnen es vorzieht, den Parteiversammlungen fernzubleiben, weil er es satt hat, sich stets anzupöbeln und beleidigen zu lassen.

hatten. Man kann daraus sehen, wie weit es uns möglich ist, die örtlichen Parteiangenheiten zu beeinflussen. Die Redaktion der Leipziger Volkszeitung scheint sich jedoch einzubilden, einen Freibrief für die größten Ehrabschmeideereien zu haben.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß Leute, die die Worte „demokratisches Prinzip“, „Unterordnung des Willens der Führer unter den der Masse“ u. s. w. in Munde führen, so wenig guten Willen zeigen, ihren eigenen Worten nachzuleben.

Wie oft in unglaublich leichtfertiger, fast möchte man sagen gewissenloser Weise, Arbeiter dem Hunger überliefert werden sollen, wird durch folgendes bewiesen.

Die „Schwarze Listen“ entstehen.

Wie oft in unglaublich leichtfertiger, fast möchte man sagen gewissenloser Weise, Arbeiter dem Hunger überliefert werden sollen, wird durch folgendes bewiesen. In der Eisen- und Metallgießerei, G. m. b. H. in Etlingen, bestand zwischen der Firma und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ein Tarifvertrag, der am 1. April ablief.

Statt aber dem gegebenen Versprechen nachzukommen, verhängte der Verband süddeutscher Eisengießereien noch während der Verhandlungen folgendes Rundschild:

Verband Süddeutscher Eisengießereien. Durlach, 16. März 1911.

Vertraulich!

Die Eisen- und Metallgießerei Etlingen, G. m. b. H. (Geschäftsführer: Bruno Illmer) in Etlingen, teilt mit heute mit, daß die nachstehend bezeichneten Former ihre Kündigung heute einzureichen beabsichtigen, und zwar aus folgendem Grunde:

- 1. achtstägige Auslösung, 2. 55 % Minimalstundenlohn ohne Rücksicht auf Qualität des Formers, 3. 9/10 stündige Arbeitszeit.

Nach dem alten Tarifvertrag war die Löhnung eine vierzehntägige mit demjenigen der Vorjahrzahl, 47 1/2 Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit, jedoch mit zwei Wespertausen von zusammen einer halben Stunde, welche als Arbeitszeit gerechnet wurden.

Ich möchte Sie nun bitten, von Vorstehendem Vormerkung zu nehmen und entsprechend zu verfahren, falls der eine oder andere der unten bezeichneten Former sich wegen Arbeit an Sie wenden sollte.

(Folgen die Namen der Former.)

Abgesehen davon, daß dieses „vertrauliche“ Geheimzirkular einen großen Verstoß gegen Treu und Glauben bedeutet, enthält es noch bewusste Unwahrheiten. Die Former hatten am 16. März die Kündigung nicht eingereicht und auch nicht die Absicht gehabt, dies zu tun, was dem Herrn Illmer genau bekannt war.

Am 23. März wurde die Firma an ihr Versprechen erinnert. Darauf lief folgende Antwort ein:

Etlingen, den 26. März 1911.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungstelle Karlsruhe.

Antwortlich Ihres Schreibens vom 23. dieses Monats teilen wir Ihnen höflich mit, daß es uns leider nicht möglich ist, höhere Löhne zu gewähren und wollen wir erst abwarten, wie sich die größeren Eisereien zur Erhöhung der Löhne verhalten.

Eisen- und Metallgießerei Etlingen, G. m. b. H.: Illmer.

Erst auf diesen ablehnenden Bescheid hin wurde die Frage der Arbeitsniederlegung erörtert. Als Herr Illmer wegen der schwarzen Listen von den Arbeitern zur Rede gestellt wurde, wußte er zur Entschuldigung nur anzuführen: „Wenn es gewußt hätte, daß die Arbeiter diese Listen in die Hände bekommen, so hätte er sie nicht geschrieben.“

Wenn dieser Verband, der nach diesen Vorlesungen kaum mehr als verhandlungsfähig betrachtet werden kann, immer so ge-

wissenhaft arbeitet, dann hat er allerdings Ursache, nur „vertrauliche“ Mitteilungen zu machen. Und angesichts solcher Praktiken haben die Unternehmer noch den Mut, über Terrorismus der Arbeiter zu schimpfen.

Vom Schnapsbott.

Die Verbrauchsabgabe für Branntwein ist im Rechnungsjahr 1910/11 gegen den Vorschlag um 22,5 Millionen Mark zurückgefallen.

In den freien Verkehr wurden geschickt: Wegen Entschädigung der Verbrauchsabgabe (abzüglich der gegen Vergütung der Verbrauchsabgabe ausgeführten Ertragsabgabe) 1769 222 Hektoliter Alkohol (1908/09: 2 592 388 Hektoliter), gegen Entschädigung des Zolles 13 905 Hektoliter Alkohol (1908/09: 58 234 Hektoliter).

§ 153.

Vor der Strafkammer 4 des Hamburger Landgerichts kam am 10., 11. und 12. Mai ein großer Streitprozeß zur Verhandlung. Der Körperverletzung, der Nötigung und des Vergehens gegen den § 153. der Gewerbeordnung angeklagt waren die Kollegen Schwemmer, Bold und Heimann.

Eine „christliche“ Geheimkonferenz

hat, wie die Münchener Post in ihrer Nr. 112 vom 14. Mai mitteilt, am 29. März in München stattgefunden. Die Teilnehmer waren zu strengster Geheimhaltung verpflichtet.

Die diese „christlichen“ Gewerkschaftsführer ihre Mitglieder einjagten, geht aus der auf der Konferenz gefassten Bemerkung hervor, was die Gründung einer eigenen „christlichen“ Tagespresse anlange, so stehe die Sache leider so, daß die christlichen Arbeiter sich mehr dafür interessieren, wenn ein „Paß“ mit sechs „Füßen“ auf die Welt komme, als um die christliche Politik, die Sozialreform und ähnliche Dinge.

umgerechnet, nur ungefähr 6% Seiten redaktionellen Text, wird aber, wenn uns unser Gedächtnis nicht täuscht, von nicht weniger als vier Redakteuren redigiert.) Es wurde dem Blatte vorgeworfen, es hätte die Sache der Arbeiterlandboten miserabel vertreten. Das ganze Jahr hindurch werde in dem Blatte für das Zentrum agitiert, wenn aber für die christliche Arbeitergesellschaft bei der Partei etwas erreicht werden solle, dann gehe man bestmöglich darüber hinweg, um bei dem maßgebenden Herren nur ja nicht anzustoßen.

Die Mittelungen der Münchener Post sind dem genannten schwarzen Blättchen natürlich sehr fatal. Was es in seiner Nr. 20 machen die „maßgebenden Herren“ nur „hohe Politik“, allerdings, wie die Reichsfinanzreform und nun neuerdings die zweite Befugnis des arbeitenden Volkes. Das nennt sich dann Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht und die „christliche“ Gewerkschaftspressen wird kommandiert, ihren Lesern von den „Vorteilen“ einer solchen Politik zu erzählen. Siehe Nr. 19 des Organs vom schwarzen Metallarbeiterverband.

Vom Ausland.

Frankreich.

Das neue französische Ministerium hat in der Kammer in sehr energischer Weise für die gemäßregelten Eisenbahner Partei ergriffen und die Eisenbahnkompanien aufgefordert, die schon seit sechs Monaten ohne jeden Lebensunterhalt auf dem Platze liegenden Angestellten wieder aufzunehmen. Und unter großem Beifall erwiderte der Ministerpräsident Monis die Deputierten um Gambetta, damit die Regierung in energischerer Weise ihre Forderungen den Kompanien gegenüber vertreten könne. Es waren dies ungezählte Töne in der Deputiertenkammer. Nach der Herrschaft eines Clemenceau und des Renegaten Briand war man gar nicht mehr daran gewöhnt, daß eine Regierung auch einmal Partei für die Arbeiter ergreifen könne. Das Ultimatum, das nach dieser Sitzung der Minister der öffentlichen Arbeiten Dumont den Kompanien überbrachte, ließ an Energie ebenfalls nichts zu wünschen übrig, und wenn die Regierung von der Kammer und dem Senat unterstützt wird, so werden die Eisenbahngesellschaften wohl ihre bisherigen kategorischen Mißstände zurücknehmen müssen.

Jedoch, werden Regierung, Kammer und Senat den mächtigen Streik widerstehen können, die die Eisenbahngesellschaften hinter sich haben? Noch dem vorjährigen Streik wurden auf den verschiedenen Linien zusammen 2558 Eisenbahner gemäßregelt, und darunter befinden sich 617 mit 10- bis 20jähriger Dienstzeit. 150 hatten eine Dienstzeit von 20 bis 30 Jahren und 15 waren sogar 30 bis 45 Jahre im Eisenbahndienst beschäftigt. Es sind also durchaus nicht jugendliche Draufgänger, sondern im Dienste ergrauten Angestellte, die zum größten Teil verschiedene Diplome und Anerkennungen für ihre professionelle Tätigkeit und für ihre Schicklichkeit von den Kompanien erhalten haben und die wir gemäßregelt werden, weil sie entweder den Posten eines Passiers oder den eines Sekretärs der Ortsgruppe ihres Verbandes bekleideten. Die Kompanien wehren sich zwar gegen diesen Vorschlag, aber ihre Versicherungen finden in der öffentlichen Meinung keinen Glauben, da ja die Tatsachen das Gegenteil ihrer Behauptungen beweisen.

Die Antworten der Eisenbahngesellschaften auf das Ultimatum der Regierung waren entweder ablehnende oder ausweichende. Seitdem hat der Ministerpräsident mit den Generaldirektoren der verschiedenen Kompanien persönlich konferiert, doch scheinen sie in ihrer ablehnenden Haltung verharren zu wollen. Der Direktor der Südkompanie erklärte unter anderem: „Trotz der Reichsliste des Ministerpräsidenten wird sich die gegenwärtige Situation kaum ändern. Wir sind verantwortlich für das Leben der Reisenden und unser fester Wille ist es, alles Mögliche zu tun, um eine Unterbrechung des Transportes zu verhindern. Die Wiederherstellung der gemäßregelten würde des Weiteren auch bedeuten, daß es wieder eine gesetzliche, noch eine längerfristige Sanction gegen Kontraktbruch und das Verlassen eines öffentlichen Dienstes gibt.“

Der Direktor der Südkompanie hat damit indirekt die Forderung ausgesprochen, die alle Kompanien erheben, nämlich: Würde die Regierung Gesetze schaffen, durch die in der Zukunft Streitende im öffentlichen Dienste strafrechtlich verfolgt werden können. Dies ist der Punkt, bei dem die Eisenbahnkompanien niemals nachgeben werden. Wenn die Regierung aber einlenkt, sind auch sie vielleicht zu Konzessionen bereit.

Der Renegat Briand hatte, wie vielleicht noch erinnerlich sein wird, noch dem Eisenbahnestreik der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem außer der Schaffung eines Schiedsgerichts für die Eisenbahner auch jede Vorbereitung oder Organisierung eines Streiks strafrechtlich verfolgt werden sollte. Es waren Gesetze von 50 bis 300 Franken und Gefängnisstrafen von 15 Tagen bis zu einem Jahre vorgesehen. Der jetzige Ministerpräsident hat nun am 5. April der Kommission zur Durchberatung dieses Gesetzes erklärt, daß die gegenwärtige Regierung sehr lebhaft die Durchführung eines Schiedsgerichts und die Einführung von obligatorischen Arbeitervereinigungen wünsche, jedoch der strafrechtlichen Verfolgung wegen Vorbereitung und Organisierung einer kollektiven Arbeitsverweigerung ablehnend gegenüberstehe. Die Regierung hält diese Maßnahmen für unzulässig und auch gefährlich für die Republik. Diese Stellungnahme der jetzigen Regierung hat die Eisenbahnkompanien, die den reaktionären Aufstellungen des Renegatens gegenüber freudig zugestimmt hatten, natürlich verstimmt. Und nur darum ist ihre ablehnende Haltung trotz des Regierungsumsatzes und des Parlamentarismus zu verstehen.

Und die Regierung um weiterzugehen und damit auch dem Parlament unterstellt werden? Dies wird die Zukunft lehren. Es geht um Substitutionsmittel, die Frage zu lösen: das ist die Verantwortung aller Eisenbahner. Aber es ist sehr fraglich, ob da die französische Bourgeoisie mitmachen wird. Aber die Regierung hat auch noch andere Mittel. Sie braucht nur zu verlangen, daß die gesetzlichen Vorschriften über Sygntie eingehalten werden oder daß das Gesetz vom 13. Juli 1906 über den wöchentlichen Ruhezustand auch auf die Eisenbahner ausgebreitet wird. Damit würde eine große Ungelegenheit beseitigt und den Angestellten ein genügender Ausruhezustand geschaffen, auch würde das Unternehmertum zum ersten Male fühlen, daß es nicht immer ungezügelt gehen darf. Dies ist das Parlamentarismus. Der Regierung gibbe denn allerdings immer noch die Verpflichtung, sich um eine Arbeitsgelegenheit für die geradezu zahllosen Eisenbahner, die von den Privatunternehmern ebenfalls boykottiert werden, zu bemühen.

Die Aufhebung der Strafen zur Durchführung des Altersverfügungsgesetzes führt auf Schwierigkeiten. Schon am 30. April sollten alle Verfügbaren in die Listen eingetragen sein, aber dieser Termin hat schon bis zum 15. Mai verlängert werden müssen. Die Ursache dafür ist zu einem Teil auf die ungenügende Kenntnis des Gesetzes zu weiten Kreisen der Bevölkerung zu führen, und zum anderen ist daran die Gegenwirkung der Gewerkschaften. Ob das Jubiläum des Gesetzes dadurch allerdings verhindert werden wird, ist kaum anzunehmen. Jeder Unternehmer würde sich freuen können, wenn er zum 3. Juli dieses Jahres an den bestimmten Betrag nicht an die Altersverfügungsgesetze abführen würde. In der neuen parlamentarischen Lage scheint, die sonst nichts Besonderes bietet, wird in ganz Frankreich der Kampf, die gegen den Staat und das Altersverfügungsgesetz erhoben werden. Das läßt sich bei der ganzen Bewegung ist, daß die reaktionären Sympathien eines reaktionären Reiches als Kräfte für ihre Argumente haben und bestenfalls gegen das Altersverfügungsgesetz als Dekret in ihrer Lagezeitung abdrucken. Dem Gewissen freilich, der in sehr unzulässiger Weise in der Öffentlichkeit für das Gesetz eintritt, ist es notwendig ein großes, bei dieser Art Polemik und Argumentation den gewöhnlichen

Literarisches.

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an der bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Ein neues Buch der Freiheit. Gesammelt und gestaltet von Franz Diederich. Zwei Bände. Mit 26 Bildern nach Werken bedeutender Künstler. 786 Seiten. Preis gebunden 6 M., in einem Buche vereinigt 5 M. — Es ist unmöglich, diese herrliche Gedichtsammlung, die wir jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin gönnen möchten, in einer kurzen Besprechung so zu würdigen, wie sie es verdient. Wir behalten uns darum vor, dies in einem ausführlicheren Feuilleton nachzugehen.

Der Essener Streikprozess gegen Schröder und Genossen im Wiedernahmeverfahren. Herausgegeben von der Bezirkskommission der Sozialdemokratischen Partei für das westliche Westfalen. Dortmund 1911, Verlag: W. König, 64 Seiten. Preis 20 Pf.

Die junge Welt. Herausgegeben von Josef Luitpold Stern. Wien 1911, Verlag der Wiener Volkshandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI/1, Gumpendorferstraße 18. — Dieser neuen Sammlung, von der bisher vier Hefte herausgegeben sind, liegt offenbar die beste Absicht zugrunde. Sind 20 Hefte (in Deutschland gar 20 Hefte) nicht aber zuviel Geld für ein so münzige Hefchen, zumal wenn es den jungen Arbeitern und von Bekehrten gekauft werden soll? Wir wollen gerne hervorheben, daß diese Hefte sehr lesenswert sind. Nummer 1 enthält vom Herausgeber gesammelte soziale Balladen, Nummer 2 Soziales Wandern. Von Max Winter, Nummer 3 Friedrich Schiller. Von Engelbert Bernerstorfer und Nummer 4 Die Indianer von Hugo Schulz. Wenn man aber die Herausgabe einer solchen Sammlung unternimmt, so sollte man nur vom Guten das Beste bringen und dazu kann man die im ersten Hefchen enthaltenen Gedichte von Alfons Pehold und Josef Luitpold Stern leider nicht rechnen.

Katechismus der fachmännischen Gesellenprüfung für Schlosser und Mechaniker. Von Hermann Brand, Schlossermeister und Vorsitzender der Gesellen- und Meisterprüfungskommission in Karlsruhe. Süddeutsche Verlagsanstalt, G. m. b. H., Karlsruhe. 250 Seiten. Preis gebunden 1,80 M. — Die sachgemäße und tüchtige Ausbildung des Nachwuchses im Handwerk ist schon seit längerer Zeit das Ziel der beteiligten Kreise. Vor uns liegt ein schon erschienenen neues Handbuch für Schlosser und Mechaniker, das berufen zu sein scheint, dem jungen Handwerker sein theoretisches Wissen in leichtester Weise neben der praktischen Ausbildung beizubringen und zu erweitern. Das Werkchen weist eine erfrischende Fülle gediegener Fachkenntnisse nach, und zwar in der Anordnung von 1000 Fragen und Antworten, was das Studium sehr erleichtert und interessant macht. Man erkennt daraus auch den praktischen Fachmann, der seine Jünger hinsichtlich ihrer verschiedenartigen Veranlagung nach gut kennt, und deshalb bestrebt war, alles in leicht faßlicher und verständlicher Form zu bieten. Die Anschaffung des Werkchens wird auch jedem Meister, besonders den Prüfungscommissionen empfohlen, da es die Fragestellung bei den Gesellen- und Meisterprüfungen sehr erleichtert.

Drahtseil-Heimarbeitertag. Berlin, 12. Januar 1911. Protokoll der Verhandlungen nach stenographischer Aufnahme, herausgegeben vom Bureau des Tages. Verlag der Vaterländischen Verlagsanstalt, Berlin SW., Johanniterstraße 6. 92 Seiten. Preis 50 Pf. — Für jeden, der sich mit dem Heimarbeitertag beschäftigen muß, wird das vorliegende Protokoll unentbehrlich sein.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. S. 29 Hamburg).

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im April 1911.

Table with columns for 'Einnahmen' and 'Ausgaben'. Lists various locations and amounts, such as 'Von Aachen 200 M.', 'Mittelnheim 100 M.', 'Südharz 100 M.', etc.

Table listing various locations and amounts, such as 'Marxstraße 100.', 'Meißner I 200.', 'Mefentich 30.', etc.

Summary table with 'Einnahmen' (47468,86 M.) and 'Ausgaben' (28259,02 M.), total balance of 19204,84 M.

Alle für die Krankenkasse sowie die für die Sterbekasse bestimmten Rückstellungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29), Hamburg I, Besenbinderhof 70, zu richten.

Zur Beachtung! Die Nummer 23 wird wegen der Feiertage früher gedruckt. Es müssen deshalb Einsendungen dafür spätestens am Donnerstag den 1. Juni in unsern Händen sein. Die Redaktion.

Verbands-Anzeigen

- List of meetings and events: 'Mitglieder-Versammlungen', 'Samstag, 27. Mai', 'Sonntag, 28. Mai', 'Dienstag, 30. Mai', etc.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

- Local notices: 'Dortmund (Vertrauensmännerfig.)', 'Ehrl. Zella. St. Marien u. Mehlis.', 'Wachen. Adelgunde Elafen, Malerin.', etc.

Gestorben.

- Obituaries: 'Wachen. Adelgunde Elafen, Malerin, 56 Jahre, Lungentuberkulose.', 'Sieding. Karl Teuberberg, 20 J., Lungentuberkulose.', etc.

Privat-Anzeigen.

- Private ads: 'Zünftige Goldschlaggergehülften', 'Zwei tüchtige Bauhilfsgelöhnen', 'Stoffschloffer gesucht', etc.